

Ber. z. dt. Landeskunde	Bd. 71, H. 2, 1997, S. 389—417	Trier
-------------------------	--------------------------------	-------

BESPRECHUNGEN UND HINWEISE AUF NEUES SCHRIFTTUM



FEUERBACH, Ute: „... die Stimme der Unzufriedenheit“ Feudalrechtsprozesse des frühen 19. Jahrhunderts. Beispiele bäuerlichen Konfliktverhaltens in Unterfranken. — Würzburg: Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e.V., Würzburg und Historischer Verein Schweinfurt e. V. 1996. IV u. 243 S. (= Mainfränkische Studien Bd. 59). DM 27,00.

Die Untersuchung, die 1989 als Dissertation von der Bayerischen Julius-Maximilian Universität in Würzburg mit einem Preis ausgezeichnet wurde, ging 1996 mit einem neuen Titel und in überarbeiteter Form in Druck.

Die Arbeit befaßt sich mit dem bäuerlichen Konfliktverhalten im frühen 19. Jahrhundert. Damit wird die teilweise in der Forschung vertretene Meinung ausgeräumt, daß die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung seit der Zeit des Bauernkrieges stumm in ihr Schicksal ergeben war und als politischer Faktor ausschied. Thematisiert wird der Konfliktaustrag zwischen den bäuerlichen Untertanen und der Grundherrschaft durch ein rechtlich geregeltes Verfahren. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die von den Gemeinden geführten Prozeßverfahren.

Die Rezension will nicht — wie allgemein üblich — die vorliegende Arbeit bewerten, sondern möchte der Frage nachgehen, in wie weit sie für die Historische Landeskunde von Interesse ist.

Kennzeichnend für die moderne Historische Landeskunde ist die Vereinigung zahlreicher Wissenschaftsdisziplinen, die sich gemeinsam unter historischen Gesichtspunkten mit einem bestimmten Raum beschäftigen. Der interdisziplinäre Charakter bedingt außerordentlich komplexe Fragestellungen, um die Landschaft als ganzheitliches Beziehungsgefüge mit ihren gesamten Lebenszusammenhängen zu erfassen. Unter diesem Aspekt ist zu hinterfragen, ob prozessuale Auseinandersetzungen zwischen Untertanen und Herrschaft Antworten auf landeskundliche Fragestellungen geben können. Ob sie den sich vollziehenden wirtschaftlichen und sozialen Wandel beleuchten und Einblick in die Denkweise der bäuerlichen Bevölkerung gestatten.

Mit der Darstellung der Landeskulturpolitik des Kurfürstentums Bayern, die bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit Reformplänen einsetzte, wird ein historisch landeskundlicher Überblick gegeben, der die ganze Wider-

sprüchlichkeit der agrarpolitischen Maßnahmen offen legt. Nicht nur die Motive für die Prozesse, sondern auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Kurfürstentums sowie die des mainfränkischen Raums werden einsichtig.

Die Untersuchung von U. FEUERBACH behandelt als ersten Themenschwerpunkt die Rechtsstreitigkeiten der Gemeinden Volkach, Obervolkach und Zeilitzheim. Gegenstand der gerichtlichen Auseinandersetzungen waren die adeligen Schafhute — und Triftrechte. Die Weiderechtigkeiten verhinderten die Kultivierung von Ödland und die Bestellung der Brache und erzwangen die strikte Einhaltung der Dreifelderwirtschaft. Die Auslöser für die Prozesse der Gemeinden waren wirtschaftlicher Art und bestanden in einer Verschlechterung der ökonomischen und rechtlichen Lage der Landbevölkerung sowie in einer Erhöhung der Abgaben. Aufgrund des Fehlens gesetzlich festgelegter Landeskulturbestimmungen im Großherzogtum Würzburg berief sich der Adel auf das „althergebrachte Wohnheitsrecht“. Damit stand er Neuerungen des Anbaus sowie der Forderung der ländlichen Bevölkerung nach Teilhabe am landwirtschaftlichen Modernisierungsprozeß entgegen. In der Konfrontation von Grundherren und Gemeinden kam nicht nur eine qualitative Veränderung der bäuerlich-grundherrlichen Beziehungen zum Ausdruck, sondern auch ein verschärfter Verteilungskampf beider Seiten um die Ressource Boden. Neben dem herrschaftlichen Anspruch auf Schafweide gehörten die Frondienste und leibherrlichen Abgaben zu den häufig wiederkehrenden Beschwerden. Sie werden am Beispiel der adeligen Gemeinden Billingshausen, Ober- und Unteratertheim behandelt.

Die gerichtlichen Auseinandersetzungen um die Dienstpflcht der Untertanen eignen sich besonders gut dazu, die Spannungen zwischen liberalen Ideen und staatlichen Reformen, dem Festhalten der adeligen Berechtigten an überkommenen Rechten und der Bewußtseinsänderung der davon betroffenen Landbevölkerung auszuloten und transparent zu machen. Auch für diese Streitigkeiten waren die Hintergründe wirtschaftlicher Art, die die Bauern und Söldner gemeinsam in immer wieder neue Prozesse durch mehrere Instanzen trieben. Den Untertanen ging es dabei um die Abwehr zusätzlicher Belastungen und die Sicherung ihrer Existenzgrundlage. Zusätzlich wurden die Frondienste als Hemmnis des landwirtschaftlichen Produktionszuwachses angesehen. Die Dienstverpflichtungen wurden deshalb zu einem Zankapfel, der das Verhältnis

zwischen den Grundherren und den Gemeinden mit Konflikten auflud und das Vertrauensverhältnis zwischen Berechtigten und Verpflichteten zerstörte. Die negativen Beziehungen zwischen adeliger Herrschaft und Bauern belastete auch das Verhältnis der ländlichen Bevölkerung zum Landesherrn. Die Frondienstprozesse machen deutlich, daß die Pflichtigen eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erwarteten und eine gesetzliche Regelung schmerzlich vermißten. Die Gemeinden griffen deshalb zu kollektiven Strategien, die Einblicke in ihre Erlebniswelt und Denkweise gestatten.

Auch das Verhalten des Adels wird aus den Prozeßabläufen einsichtig. War er zunächst kompromißbereit, so schlug diese Haltung mit dem Fortschreiten der Auseinandersetzungen um und ließ ihn energisch gegen eine Verkürzung seiner Einnahmen kämpfen. Der Adel erwies sich als durchgehend reformfeindlich, so daß er die Reformen verlangsamte. Selbst nach den Agrarreformen fanden in Unterfranken Rechtsstreitigkeiten des Adels gegen Gemeinden und Einzelpersonen um die Feudaleinnahmen bis in die 60er Jahre statt.

Die Feudalrechtsprozesse zeigen Herrschaft und Gemeinde als einander gegenüberstehende gesamtgesellschaftliche Gruppen mit unterschiedlichen Sichtweisen und Erwartungen. Durch die enge Verflechtung ihrer wirtschaftlichen Interessen kam es besonders leicht zu Reibungen, die ihren Niederschlag in Prozessen fanden. Die Prozeßabläufe enthalten Informationen, die über die juristischen Verfahren hinaus Aufschluß über die wirtschaftliche Situation, das Denken, Fühlen und Handeln der Landbevölkerung sowie über ihr Verhältnis zur Grundherrschaft geben. Die Untertanen erweisen sich als handelnde Individuen, die den Modernisierungsgedanken mit tragen. Die Feudalrechtsprozesse, die eine besondere Form des bäuerlichen Widerstandes darstellen, wandelten sich im Vormärz zur politischen Mitgestaltung. Auch wenn sie im einzelnen wenig erfolgreich waren, beeinflussten sie dennoch den administrativen Entscheidungsprozeß. Die ständigen Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Herren lassen den Spannungsbogen von Staat und Gesellschaft, Recht und Macht erkennen, der mehr ist als ein bloßes Spiegelbild der inneren Gespaltenheit der neuzeitlichen Welt.

Obwohl die Arbeit von U. FEUERBACH überwiegend im rechtshistorischen Bereich angesiedelt ist, leistet sie einen Beitrag zur Historischen Landeskunde. Die Untersuchung zeigt, wie wichtig es ist, die Rechtsstreitigkeiten im

bäuerlichen Alltag regional differenziert zu untersuchen und verweist auf die Notwendigkeit weiterer Forschungen.

Brigitta VITS, Marburg

GANS, Paul u. Franz-Josef KEMPER (Hrsg.): *Mobilität und Migration in Deutschland. Beiträge zur Tagung des Arbeitskreises „Bevölkerungsgeographie“ des Verbandes der Geographen an Deutschen Hochschulen am 15. und 16. September 1994 in Erfurt.* — Erfurt. Selbstverl. d. Inst. f. Geogr. d. PH Erfurt/Mühlhausen 1995. VI u. 250 S., 51 Tab., 80 Abb. = *Erfurter Geographische Studien H. 3.* ISBN 3-9803607-2-5. DM 35,00.

Im Zuge der gravierenden politischen Umwälzungen in Ost- und Südosteuropa seit Ende der 80er Jahre rücken Migrationen wieder verstärkt ins Blickfeld von Öffentlichkeit und Forschung in Deutschland. Insbesondere zwei Prozesse sind hierfür verantwortlich. Zum einen handelt es sich um Wanderungen aus der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland, die nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten durch Binnenwanderungen zwischen den neuen und alten Bundesländern abgelöst wurden. Zum anderen spielt der Zustrom von Aussiedlern, Flüchtlingen, Asylbewerbern und Arbeitsmigranten eine weiterhin bedeutende Rolle. Der vorliegende Band, entstanden aus Referaten zu einer Tagung des Arbeitskreises Bevölkerungsgeographie des Verbandes der Geographen an Deutschen Hochschulen in Erfurt im September 1994, befaßt sich mit diesen beiden Wanderungsprozessen und ihren Folgen. Er umfaßt eine nach thematischem Inhalt gegliederte Sammlung von 17 teils beschreibungs- und beispielorientierten, teils stärker theoretisch ausgelegten Beiträgen zum Themenkomplex Migration und Mobilität in Deutschland.

Der erste Teil des Bandes (mit Beiträgen von F. BÖLTKEN, J. GENOSKO, F.-J. KEMPER u. H. WENDT) behandelt Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie Unterschiede der Wohnmobilität in den neuen und alten Bundesländern. Dabei werden geschichtliche Aspekte ebenso beleuchtet wie der Ablauf

der interregionalen Wanderungen sowie die aktuelle Wohnmobilität in den alten und neuen Bundesländern. Die zweite, zugleich umfangreichste Gruppe der Beiträge beschäftigt sich mit der Lage in den neuen Bundesländern. Während bei P. GANS, S. GRUNDMANN und S. MARETZKE die Migration selbst Gegenstand der Untersuchungen ist, stehen in den Beiträgen von H. HÄUSSERMANN und V. SCHULZ Probleme des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit im Vordergrund. H. WEISS analysiert die Probleme der ländlichen Räume in den neuen Bundesländern, während H.-J. SCHUSTER soziologische Aspekte der Wanderung und Pendelbewegungen untersucht. Weitere Beiträge zur Situation in den neuen Bundesländern erläutern die Auswirkungen von Abwanderungen auf soziale Netzwerke (U. SCHÄFER) und verschiedene Formen der Mobilität (D. SCHMIED).

Der letzte Teil des Bandes widmet sich den Außenwanderungen. Diskutiert werden theoretische Ansätze zur Erklärung der internationalen Arbeitsmigration (W. HELLER u. H.-J. BÜRKNER), Probleme der Integration von Aussiedlern (H.-J. HOFMANN), Fragen zur Gesamtgruppe der Ausländer in Sachsen (E. MÜLLER) sowie abschließend Modellrechnungen zur Rolle der Außenwanderungen für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung (H. BUCHER).

Der vorliegende Sammelband liefert einen vielschichtigen Überblick über ein nach wie vor bedeutsames Thema, in den neben der geographischen auch Sichtweisen aus soziologischem und wirtschaftswissenschaftlichem Blickwinkel einfließen.

Da auch die Qualität der redaktionellen Bearbeitung dem Inhalt der Beiträge nicht nachsteht, kann der Band jedem, der sich mit dieser Thematik beschäftigt, uneingeschränkt empfohlen werden.

Steffen BOCK, Kiel

HAUFF, Thomas: Die Textilindustrie zwischen Schrumpfung und Standortunsicherung. Weltwirtschaftliche Anpassungszwänge, unternehmerische Handlungsstrategien in der Textilindustrie des Westmünsterlandes. — Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur 1995. XV u. 288 S., 48

Abb., 26 Tab., 17 Übersichten, Anhang, = Duisburger Geographische Arbeiten Bd. 14.

ISBN 3-929797-16-X. DM 72,00.

Die Dissertation ist im ganzen gesehen ein gelungenes Beispiel für eine theoriegeleitete empirische Analyse eines Industriezweiges in einer Region. Da der Autor nicht eine Zukunfts- oder Schlüsselindustrie sondern eine seit Jahrzehnten schrumpfende Branche auswählte, macht die Untersuchung besonders interessant. Die Studie bezieht sich auf die Textilindustrie der Landkreise Grafschaft Bentheim, Steinfurt und Borken sowie der niederländischen Region Twente und handelt somit vom Anpassungsdruck und der Krise in einem ländlichen Industriegebiet.

Die Arbeit verfolgt recht vielseitige Untersuchungsansätze. Vor dem Hintergrund der Fordismus-Postfordismusdebatte untersucht der Autor, inwieweit das Prinzip der flexiblen Spezialisierungs-, Anpassungs- und Entwicklungsstrategien liefern kann. Dabei ist den unternehmerischen Handlungsspielräumen innerhalb der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen viel Aufmerksamkeit gewidmet. Ebenso richtet sich das Augenmerk auf die Suche nach regional integrierten Produktionskomplexen sowie auf Produktionsverlagerungen in Transformationsländern Mittel- und Osteuropas.

Die Arbeit beginnt mit einer sehr ausführlichen Darlegung der theoretischen Grundlagen. Die ersten drei Kapitel lesen sich wie ein kurz gefaßtes Lehrbuch über die derzeitige Paradigmen-Diskussion der Wirtschaftsgeographie, denn sie enthalten noch wenig über die Textilindustrie. Deren Veränderungen und Probleme kommen erst im vierten Kapitel zur Sprache und die spezielle regionale Situation wird in Kapitel 5 behandelt. Nach einem Methodenkapitel, in dem das Forschungsdesign erläutert und diskutiert wird, beginnt nach 157 Seiten die empirische Analyse. Das siebte ist das Hauptkapitel, denn es enthält die wichtigsten Ergebnisse, die aus Interviews von 45 Betrieben und 20 Schlüsselpersonen gewonnen wurden. Hier sind die Handlungsbedingungen, Anpassungsstrategien, Innovationsanstrengungen, Kooperationen und Standortveränderungen sehr differenziert dargestellt. Kapitel 8 enthält regionalpolitische Schlussfolgerungen aus den erarbeiteten Ergebnissen und Kapitel 9 führt den theoretischen Ansatz und die Resultate abschließend nochmals zusammen.

Unter den Ergebnissen ist hervorzuheben, daß in der westmünsterländischen Textilindu-

strie zwar Formen der innerbetrieblichen Flexibilisierung, eine höhere Kundenorientierung und Marktanpassung zu beobachten sind, sie haben aber bisher keine räumliche Neuorganisation der Produktionsstrukturen bewirkt. Eine räumliche Vernetzung der Textilproduktion, wie sie aus den Textildistrikten von Prado in Italien oder Herning-Ikast in West-Jütland bekannt ist, gibt es nicht. Auch internationale Kooperationen und Auslandsfertigungen sind selten. Die unternehmerischen Maßnahmen sind letztlich auf Standortpersistenz ausgeichtet. Die bisher abgelaufenen Veränderungen lassen zwar deutliche Änderungen der internen Produktionsstrukturen erkennen, aber bei der untersuchten Textilindustrie trifft der für die postfordistische Regionalentwicklung postulierte Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene nicht zu. Regionale Netzwerke sind nach dem Modell des „Dritten Italiens“ nur eine unter mehreren erfolgreichen Anpassungsstrategien.

Abgesehen von einer manchmal etwas langatmigen Darstellung mit einigen Wiederholungen ist die Arbeit nach Ansatz, Aufbau und Methode als vorbildlich zu bezeichnen.

Reinhold GROTZ, Bonn

HENCKEL, Dietrich: Entwicklungschancen Deutscher Städte — Folgen der Vereinigung. — Unter Mitarbeit von Christian Engeli u. Hans Neumann. — Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer; Stuttgart, Berlin, Köln: Deutscher Gemeindeverlag 1993. 567 S., 48 Tab., 49 Abb., 3 Übersichten. (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik Bd. 86).

ISBN 3-17012682-2. DM 78,00.

Selbst wenn seit der deutschen Vereinigung inzwischen sechs Jahre vergangen sind, so hat diese Untersuchung nur wenig an Aktualität eingebüßt. Die Veröffentlichung stellt den insgesamt gelungenen Versuch dar, die Situation deutscher Städte in West und Ost vor der Vereinigung, deren Wirkungen sowie die möglichen Entwicklungsperspektiven anhand zahlreicher städtischer Funktionsbereiche und für zwölf Beispielstädte (Hamburg, München, Köln, Frankfurt/M., Stuttgart, Hannover, Berlin, Leip-

zig, Dresden, Magdeburg, Rostock und Erfurt) zu analysieren.

Intendiert wurde, die zukünftigen Entwicklungschancen und -risiken „vorrangig aus grundsätzlichen Überlegungen zur Entwicklung von Städten in einem föderalen System abzuleiten“ (S. 11). Daher kommt unter den theoretischen Grundlagen (Kap. 2) den stadtheographischen und historischen Ergebnissen zur Theorie und Entwicklung des Städtesystems in Deutschland sowie der Betrachtung von Städten als „Knoten in unterschiedlichen Netzen“ und deren Funktionsveränderungen und auch Potentiale für die Stadtentwicklung (aus interdisziplinärer Sicht) ein besonderes Gewicht zu. Die Autoren gelangen unter anderem zu dem Resultat, „daß sich die ostdeutschen und westdeutschen Städte, die sich während der Teilung als zwei Teilsysteme stabilisiert hatten, nach der Vereinigung wieder ähnlich zu einem gemeinsamen Städtesystem einpendeln werden wie vor dem Krieg“ (S. 62).

Das nächste Hauptkapitel (Kap. 3) gibt wesentliche Teile der bereits 1991 vom Deutschen Institut für Urbanistik veröffentlichten Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter den Verantwortlichen für die Stadtentwicklung in allen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern in den alten Bundesländern wieder (vgl. B. GRABOW u. B. HOLLBACH: Entwicklungschancen deutscher Städte. Eine Bestandsaufnahme kommunaler Erwartungen in Ost- und West-Berlin. Berlin 1991). Deren Inhalte bezogen sich auf die Zukunftsaussichten in wichtigen Funktionsbereichen (Wirtschaft, Zentralität und Kultur) sowie auf kommunal- und gesamtpolitisch bedeutende Rahmenbedingungen (z. B. kommunale Finanzlage, Öffnung Osteuropas oder Vollendung des EG-Binnenmarktes), und zwar unter dem besonderen Blickwinkel der Auswirkungen der deutschen Vereinigung. Es zeigte sich, daß alle Städte Funktionsgewinne, darunter die Kernstädte und Oberzentren in besonderem Ausmaß und einzig die ehemaligen Zonenrandstädte als Folge der Vereinigung, erwarteten. Jedoch befürchteten die für Stadtplanung und -entwicklung verantwortlichen Vertreter ostdeutscher Städte sehr große Probleme in bezug auf wichtige Rahmenbedingungen für die Kommunalentwicklung (kommunale Finanzen, Beschäftigung u. a.), während sich die westdeutschen Städte 1991 vor allem mit Problemen der verstärkten Zuwanderung und verschärften Wohnungssituation sowie aus Einbußen beim Finanzausgleich konfrontiert sahen. Von besonderem Interesse ist auch, daß die deutsche Vereinigung für die kommunalpolitischen Belange eher als Zwi-

schenspiel im Verhältnis zu den langfristigen gesamteuropäischen Prozessen (EG-Binnenmarkt 1993, Wirkungen der Öffnung Osteuropas) eingestuft wurde.

Von besonderem inhaltlichen Gewicht (und auch Umfang) ist das Kapitel 4. Darin werden für die Entwicklung der Städte vor allem wesentliche Rahmenbedingungen (Bevölkerung und Mobilität, Siedlungsstruktur, Stadt-Umland-Probleme, Städtepartnerschaften, öffentliche Finanzen) und Funktionsbereiche (Wirtschaft, Kultur und Bildung, überregionale Zentralität) in ihrer jeweiligen historischen Entwicklung in bezug auf die Situation vor und nach der Wiedervereinigung sowie hinsichtlich der Zukunftsperspektiven in übergreifender und auf die zwölf Fallbeispiele bezogener Betrachtung analysiert.

Obwohl die Regionen beiderseits der früheren innerdeutschen Grenzen von der Teilung sowie von der deutschen Vereinigung in besonderem Maße betroffen waren bzw. sind, zeigte deren Untersuchung aufgrund der Städteumfrage, daß für „das Wachsen eines gemeinsamen Regionalbewußtseins, einer auch mentalen Zusammengehörigkeit“ (S. 363) zwar ein längerer Zeitraum anzunehmen ist, vor allem jedoch die innerdeutsche Grenzregion (einschließlich Berlin) relativ gute Voraussetzungen mit sich bringt (vgl. Kap. 5).

Das sechste Kapitel untersucht schwerpunktmäßig die ökonomischen Entwicklungsperspektiven der zwölf Fallstudienstädte, wobei in jeweils gleicher Untergliederung ein Abriss der jeweiligen Städtgeschichte, die Beschreibung der gegenwärtigen Situation und Potentiale (wirtschaftliche Entwicklung, Zentralität und „weiche Standortfaktoren“) sowie die spezifischen Entwicklungschancen und -risiken infolge der deutschen Vereinigung im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

Mit 38 zusammengefaßten sowie kurz erläuterten Schlußfolgerungen und Empfehlungen wird im Schlußkapitel ein sehr gehaltvolles Resümee gegeben.

Wenngleich der Band inhaltlich aufgrund der Auswahl der Fallbeispiele sehr stark „großstadtgewichtig“ ist, so werden wesentliche Aspekte der gesamten aktuellen deutschen Stadtentwicklung in West und Ost sehr gut aus dem historischen Kontext und den allgemeinen Rahmenbedingungen abgeleitet. Hervorzuheben sind neben der klaren sprachlichen Diktion die systematischen textlichen Untergliederungen und Zusammenfassungen sowie die gute Veranschaulichung durch zahlreiche Abbildungen aus Originalquellen.

Heinz HEINEBERG, Münster

HESSEN. WAHLEN UND POLITIK.

Hrsg. v. Bernd Heidenreich u. Konrad Schacht. — Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer 1996. 328 S., zahlr. Tab. u. Abb. (= Schriften zur politischen Landeskunde Hessens Bd. 3).

ISBN 3-17-013604-6. DM 64,00.

Im Unterschied zur „geographischen“ und „geschichtlichen Landeskunde“ ist der neuerdings häufiger gebrauchte Begriff der „politischen Landeskunde“ noch kein allgemein eingeführter wissenschaftlicher Terminus. Er entstammt dem Bereich der politischen Bildung und ersetzt hier ältere Begriffe wie den der „Staatsbürger-“ oder „Gegenwartskunde“, füllt diese aber zugleich auch mit neuen Inhalten. Unter „Land“ wird hier vornehmlich das „Bundesland“ verstanden, im Blickfeld stehen die staatlichen Institutionen sowie andere politische und gesellschaftliche Einrichtungen, Strömungen und Wandlungsprozesse, wie sie in der Gegenwart und jüngeren Vergangenheit eines Bundeslandes hervortreten. Politische Landeskunde ist nach diesem Verständnis ein interdisziplinäres Arbeitsfeld, das sich den Fragestellungen, Methoden und Ergebnissen insbesondere der Politikwissenschaft, der soziologischen und zeitgeschichtlichen Forschung geöffnet hat, aber auch umgekehrt von diesen Wissenschaften neu entdeckt worden ist.

Aus der Zusammenarbeit von politischer Pädagogik und den genannten Sozialwissenschaften entstehen momentan unter dem Dach des bundesrepublikanischen Föderalismus — zumeist aus Anlaß der halbhundertjährigen Landesjubiläen — eine ganze Reihe von „Politischen Landeskunden“. So auch in Hessen, wo seitens der „Landeszentrale für politische Bildung“ eigens eine neue Schriftenreihe begründet worden ist, deren dritter Sammelband jetzt vorliegt. Konzeptionell verfolgt diese Reihe keine primär wissenschaftlichen Ziele. Im Sinne ihres politischen Bildungsanspruchs will sie gleichwohl Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in für Laien lesbarer Form vermitteln und damit ebenso zur Information und Aufklärung wie zur Identifikation des Bürgers mit seinem Bundesland beitragen. Nachdem die beiden ersten Bände den geschichtlichen Ursprüngen und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen Hessens sowie den zentralen Politikfeldern und dem gesellschaftlichen Wandel in diesem 1945 neu gegründeten Bundesland nachgegangen sind, widmen sich die Beiträge dieses Sammelbandes dem Thema „Wahlen und Politik“, muß heißen

„Wahlen und Parteien“, da diesen eine zentrale Stellung in dem Band eingeräumt wird, die auch der Titel zum Ausdruck bringen sollte. Das Autorenteam setzt sich aus Hochschullehrern, Publizisten und leitenden Beamten von Landesbehörden zusammen, die aus sehr unterschiedlichen Perspektiven das Generalthema beleuchten. Die äußere Form der Beiträge wechselt zwischen überblicksartiger Darstellung, eingehender Fallanalyse und essayistischem Aufriß, was die Lektüre des Buches ebenso abwechslungsreich macht wie das vielfältige Themenspektrum.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Autoren und Beiträge: K. LANGE, Verfassungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen des Wahlrechts in Hessen; E. HENNING, Das hessische Parteiensystem 1932 und 1949. Kontinuität im Wandel und beim Neubeginn; H. SEIER, Parteien und Landespolitik in Hessen 1946—1950; E. HOMANN, K. SCHACHT, Landtagswahlen in Hessen; W. BICK, Kommunalwahlen in Hessen 1946—1993; B. HEIDENRIECH, W. WOLF, Die strategische Planung von Landtagswahlkämpfen am Beispiel der CDU 1982; A. STEINSEIFER, „Ohne mich? Nein! Mit mir“ — Wahlkämpfe und Wahlkampfthemen in Hessen; R. MENG, Abgekoppelt, aber doch stabil. Parteienelite, Mitglieder und Wähler in Hessen; B. HEPTNER, Vielgescholten und in Nöten. Hessens Parteien suchen ihre Wähler.

Eine eingehende Würdigung der einzelnen Beiträge verbietet sich an dieser Stelle, zumal auch nur ein Teil von ihnen an wissenschaftlichen Maßstäben gemessen werden kann, wie die drei einleitenden ausgezeichneten Studien von LANGE, HENNING und SEIER. Insgesamt gelingt es den Autoren dieses Sammelbandes, hessische, auch innerhessische Besonderheiten der Wahlentwicklung, des Wählerverhaltens, der Wahlkampfthemen und -strategien der Parteien, nicht zuletzt aber auch der Entwicklung des Parteiensystems als ganzes herauszuarbeiten.

Die ersten Wahlen im Nachkriegshessen und hier besonders die Landesergebnisse der ersten Bundestagswahl 1949 zeitigten — verglichen mit den letzten Reichtagswahlen der Jahre 1930 und 1932 — ein überraschend konstantes, an traditionellen Mustern der Sozialstruktur und der Konfession ausgerichtetes Wahlverhalten der Bevölkerung. An die Stelle des Zentrums trat nach 1945 die CDU als Partei des politischen Katholizismus, SPD und KPD bleiben zunächst weigehend Arbeiterparteien, während die LPD (später FDP) das Erbe der vormaligen NSDA bzw. der DNVP als rechte Sammlungsbewegun-

gen antrat. Weniger die politischen und existenziellen Brüche der Zwischenzeit als vielmehr der nach 1950 einsetzende wirtschaftliche Wiederaufschwung und der allgemeine gesellschaftliche Modernisierungsschub haben den Wandel traditioneller Wählereinstellungen in Hessen bewirkt. Auf Bundes-, Landes- und Kommunal-ebene führten die Wahlen der 50er und 60er Jahre zu einer Konzentration der Wählerstimmen auf die beiden großen Volksparteien und die FDP. Freilich weist auch hier die hessische Entwicklung gegenüber dem bundesrepublikanischen Trend ein retardierendes Moment insofern auf, als bei den Kommunalwahlen noch der sechziger Jahre der Anteil kleiner Parteien und Wählergruppen bei fast 30 Prozent (1964) lag, während er zur gleichen Zeit beispielsweise im benachbarten Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen schon unter fünf Prozent gesunken war. Sowohl auf Landes- wie auf Kommunal-ebene wurde die „Konzentrationsphase“ der 50er und 60er Jahre durch die „Konkurrenzphase“ der beiden Volksparteien in den 70er Jahren abgelöst, in der es der CDU schließlich gelang, aus dem Schatten der bis dahin allein dominierenden SPD herauszutreten und diese bei den Kommunalwahlen des Jahres 1977 sogar erstmals zu überflügeln. Seit Beginn der 80er Jahre hat sich in Hessen eine „Erosion“ des Wählerpotentials der beiden großen Parteien zugunsten einer „Pluralisierung der lokalen Parteiensysteme“ auf kommunaler Ebene vollzogen, der auf Landesebene der Aufstieg der Grünen zur drittstärksten politischen Kraft und zur Regierungspartei sowie die Zunahme von Splitterparteien entspricht.

Der vorzüglich ausgestattete Band enthält eine eindrucksvolle Sammlung von 64 farbig reproduzierten Wahlplakaten der Landtagswahlen seit 1946.

Ulrich REULING, Marburg

MAINFRÄNKISCHES JAHRBUCH
FÜR GESCHICHTE UND
KUNST 74. — Würzburg: Freunde
Mainfränkischer Kunst und Ge-
schichte e. V. 1995. XI u. 523 S.
(= Archiv des historischen Vereins
für Unterfranken und Aschaff-
enburg Bd. 118). DM 38,00.

Der vorliegende Band gedenkt mit mehreren Beiträgen der katastrophalen Zerstörung der Stadt Würzburg am 16. März 1945. Der Aufsatz über die Entstehung und Entwicklung des Truppenübungsplatzes Hammelburg ist sowohl für die Historische Geographie als auch für die aktuelle Landeskunde, hier vor allem im Hinblick auf die Konversionsthematik von Bedeutung. In weiteren Studien werden unter anderem Burgen, Flurnamen und Stammbücher behandelt. Gerade der letztere Aufsatz zeigt, daß sich auch in ganz ungewohnten Quellen Aussagen zur Historischen Geographie finden lassen. Die aufschlußreichen Darstellungen einer größeren Anzahl von unterfränkischen Dörfern aus dem frühen 19. Jahrhundert sind dem Jahresband in vorzüglichen Facsimiles beigegeben.

Klaus FEHN, Bonn

KLOHN, Werner (Hrsg.): Geographische Exkursionen in Nordwestdeutschland. — Vechta: Vechtaer Druckerei und Verlag 1995. 124 S. = VSAG (Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft) Bd. 13. ISBN 3-8841-099-7. DM 29,80.

Wenn drei der vorgestellten sechs Exkursionsgebiete relativ dicht an Vechta liegen, so mag dies mit der Lage des Standortes zu tun haben, an dem die Schriftenreihe verlegt wird. Diese etwas willkürlich erscheinende räumliche Auswahl wird kompensiert durch die Ausgewogenheit der angesprochenen physisch- und anthropogeographischen Themen.

Exkursionsführer dieser Art bieten die Möglichkeit, an einzelnen Fallbeispielen in die Tiefe zu gehen, und davon ist in erfreulicher Weise Gebrauch gemacht worden. Wichtige weiterführende Werke findet man am Ende eines jeden Beitrags. Die Zeichnungen, Diagramme, Karten und glücklicherweise auch die Schwarz-Weiß-Fotos sind zumeist von ausgezeichneter Qualität und gut lesbar. Lediglich der Plan von Delmenhorst aus dem Jahre 1952 fällt aufgrund der (unnötigen) Halbtondarstellung nicht optimal aus. Außerdem hätte man ihn gern im gleichem Maßstab wie die Abb. 109 gesehen. Auf einer Doppelseite nebeneinander und unverkantet hät-

ten sich die Zustände von 1952 und 1992 in unmittelbarem Vergleich erschließen lassen.

Sämtliche Exkursionen beziehen sich auf relativ klar abgegrenztes Gebiet, so daß eine inhaltliche Überfrachtung vermieden wird. So steht Spiekeroog (G. MILLAT) für den Typus einer Düneninsel und der Raum der Dammer Berge für den Begriff der glazialen Serie (C. PREU). Das Prinzip der engen thematischen Fassung wird beim Steweder Berg auf die Spitze getrieben, denn dieses Fallbeispiel wird gleich in zweifacher Weise heangezogen: einmal hinsichtlich der Böden (P. LEINWEBER) und zum anderen im Hinblick auf die Wald- und Forstwirtschaft (W. KLOHN). Ein Ausschnitt der Innen- bzw. Festlandküste — die Halbinsel Butjadingen zwischen dem Jadebusen und der Weser — wird von M. BAHR, K. KRINKMANN, T. MÜLLER, A. STEVEN auf die Auswirkungen des Tourismus hin untersucht und der Gegensatz von touristisch stark geprägten und weniger erschlossenen Orten herausgestellt. Leider ist die an sich wichtige Tabelle mit den Übernachtungsziffern relativ wertlos, da Zahlen von 1987/88 verwendet werden und nicht klargestellt ist, ob die amtliche Statistik (erfaßt werden seit 1980 nur Übernachtungen in Quartieren mit neun und mehr Betten) zugrunde liegt oder nicht. Den Band beschließt der Beitrag über „Jute, Linoleum, Wolle — Ausgewählte Exkursionsziele zur Industriegeschichte von Delmenhorst“ von J. MOSE. Der anregende Aufsatz gibt Einblicke in die wechselvolle Geschichte von Delmenhorst als Industriestandort seit der Zeit der Reichsgründung. Einige wenige Großindustrien erlebten einen raschen Aufstieg, dem in den vergangenen zwanzig Jahren ein ebenso dramatischer Bedeutungsverlust folgte. Dabei wird immer wieder die enge funktionelle Verflechtung mit der großen Hansestadt Bremen sichtbar.

Jürgen NEWIG, Kiel

KRÜGER, Rainer (Hrsg.): Der Unterweserraum — Strukturen und Entwicklungsperspektiven. — Oldenburg: Selbstverl. Bibliotheks- und Informationssystem der Univ. 1995. 384 S. Anhang, Tab., Abb. = Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung 14. ISBN 3-8142-0529-4. DM 34,00.

Die Suche nach neuen Ansatzpunkten für eine zeitgemäße Landeskunde und Regionale Geographie hat in den letzten Jahren international und im deutschen Sprachraum erheblich zugenommen. Dabei überwiegt die theoretisch-konzeptionelle Diskussion. Gewissermaßen im Kontext dieser Bemühungen um Neuorientierung hat KRÜGER einen Sammelband herausgegeben, der verschiedene landeskundliche Facetten aufnimmt und sie in vierzehn, teilweise sehr verschieden ausgerichteten Beiträgen ausführt. Erleichtert wird der Zusammenhalt der Beiträge durch den Bezug zur Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsens. Zwar werden Debatten über neue Formen der Kooperation derzeit in vielen Verdichtungsräumen geführt, jedoch zeichnet sich die Diskussion im Unterweserraum durch eine konzeptionell besonders anspruchsvolle Orientierung an diskursiven Planungspraktiken aus. Dieses wird in mehreren Beiträgen deutlich herausgearbeitet, so daß der Sammelband auch als eine Fallstudie im Kontext neuer regionalplanerischer Strategien angesehen werden kann. Hinzu tritt das Bemühen um eine moderne Fassung der Landeskunde, das allerdings im Vergleich zu den politisch-planerischen Aspekten weniger erfolgreich umgesetzt worden ist. Sicherlich weisen einige Beiträge und besonders der abschließende Integrationsversuch des Herausgebers sehr beachtenswerte Argumente auf, die zum Verständnis der als Unterweserraum bezeichneten Untersuchungsregion beitragen. Jedoch bleibt der Interpretationsrahmen offen und die Beiträge beziehen sich zu wenig aufeinander. Insgesamt hat aber die im Vorwort sicherlich zu Recht attestierte anspruchsvolle Bearbeitung der Beiträge eine lesenswerte Veröffentlichung entstehen lassen, die den an Fragen über neue Planungsstrategien, über Bausteine einer modernisierten Landeskunde und über die spezifischen Entwicklungen im Unterweserraum Interessierten sehr empfohlen wird.

Jürgen OSSENBRÜGGE, Hamburg

van LENGEN, Hajo (Hrsg.): *Collectanea Frisica*. Beiträge zur historischen Landeskunde Ostfrieslands. Walter Deeters zum 65. Geburtstag. — Aurich: Ostfriesische Landschaft 1995. 404 S.,

Abb. (Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands Bd. 74).

ISBN 3-925365-86-9..

Nach den 1978 erschienenen „Res Frisicae“ gab die Ostfriesische Landschaft in Verbindung mit dem Niedersächsischen Staatsarchiv in Aurich mit den „Collectanea Frisica“ nun einen zweiten Sammelband zur ostfriesischen Landesgeschichte heraus. Anlaß war der 65. Geburtstag von Dr. Walter DEETERS, dem die Festschrift gewidmet wurde. Er trat nach 20jähriger Tätigkeit als Direktor des Niedersächsischen Staatsarchivs in Aurich in den Ruhestand. Die breite Palette der durch die Beiträge vertretenen Disziplinen reicht von der Archäologie und der Geographie über die Geschichte bis zur Architektur. Eine von Wolfgang HENNINGER und Heidrun OLTMANNs erstellte Bibliographie der Veröffentlichungen von Walter DEETERS rundet das mit zahlreichen alten Karten, Plänen, Zeichnungen, Lithographien, Aquarellen und Fotos ausgestattete Buch ab.

Am Anfang steht der archäologische Beitrag „Pütt und Sod — Mittelalterliche Brunnen aus Ostfriesland als Geschichtsquelle“. Rolf BÄRENFÄNGER stellt hier die bisher in Ostfriesland dokumentierten mittelalterlichen Brunnen mit ihren Funden zusammen. Er arbeitet die eindrucksvolle Vielfalt der Brunnenkonstruktionen unter anderem mit Hilfe zahlreicher Fotos und Zeichnungen heraus. So gibt es neben Soden-, Baumstamm-, Kasten- und Faßbrunnen auch trichterförmige Wasserschöpfgruben, die maximal 1,60 m tief sind. Für die archäologische wie für die historische Landesforschung gleichermaßen wertvoll sind außer den Befunden auch hölzerne Brunnenfunde wie zum Beispiel Rad und Achse eines Wagens oder ein Webschwert. Ein Katalog sowie eine Verbreitungskarte der bisher in Ostfriesland gefundenen mittelalterlichen Brunnen ergänzen die fundierte Arbeit. Der zweite Aufsatz von Wolfgang SCHWARZ „Die Relief- und Prägeflesien des Zisterzienserklosters Ihlow“ ist ebenfalls archäologisch ausgerichtet. Das einige Kilometer südlich von Aurich gelegene Zisterzienserkloster „Schola Dei“ wurde 1228 gegründet und war eines der bedeutendsten Klöster Ostfrieslands. Es spielte eine wichtige Rolle in der mittelalterlichen Regionalgeschichte; so wurde der mittelalterliche Landesausbau unter anderem mit Entwicklung des Deich- und Sielwesens in hohem Maße von Zisterziensermönchen der Region getragen. Außerdem entwickelten die Klöster zum Beispiel innovative Techniken in der

Landwirtschaft sowie im Backsteinbau. Daher ist der Beitrag gerade auch für die geographische und die historische Landesforschung Ostfrieslands und des angrenzenden Küstenraumes von Bedeutung. Bei den während der Ausgrabungen im Bereich des ehemaligen Klosters gefundenen Fliesen sind vier zeitlich getrennte Fertigungsserien zu unterscheiden, von denen die früheste in die Mitte des 13. Jahrhunderts und die jüngste in das frühe 16. Jahrhundert fällt. In zahlreichen Zeichnungen ist die interessante Technik der Herstellung sowie die Ornamentik inkrustierter Fliesen dargestellt. Es schließt sich der siedlungsgeographische Beitrag „Die Siedlungsnamen der Gastendörfer des Auricherlandes“ von Gerhard SIEBELS an. Nach einer Eingrenzung des behandelten Gebietes sowie der Erläuterung des Siedlungstyps Eschdorf bzw. Gastensiedlung wird die Ortsnamenlandschaft des Auricherlandes vorgestellt. Dabei geht Siebels auf die zeitliche Abstufung der Entstehung der einzelnen Ortsnamengruppen ein und stellt auch deren räumliche Verbreitung dar. Er kommt zu folgenden Gruppen von Ortsnamenendungen: -ens bzw. -s, -um, -dorf und -sander. Als alte Siedlungskammer war das Auricherland seit vor- und frühgeschichtlicher Zeit durch randliche Hochmoore bzw. Sietlandflächen von seiner Umgebung abgeschlossen. Vermutlich auf diesen Umstand ist eine für die geographische Landeskunde interessante Eigenart der Ortsnamengebung in der Gegend zurückzuführen: im ganzen mittelostfriesischen Geestgebiet kommen Ortsnamen auf -ens bzw. -s und -um nur hier vor! Im Anschluß ist die umfangreiche Arbeit des inzwischen verstorbenen, ehemaligen Direktors der Ostfriesischen Landschaft, Heinz RAMM, zu den Anfängen von Aurich zu finden. Der Aufsatz berührt historische, geographische und ortsnamenkundliche Fragestellungen. Der Bogen spannt sich von der Rekonstruktion des Kirchspiels Aurich über die Zeit der Herrschaft der Oldenburger Grafen im 13. Jahrhundert bis zur Errichtung der Burg des Häuptlings Ulrich Cirksena 1448 und zur Verleihung des Stadtrechts durch Graf Edzard im Jahre 1491. Pläne von Aurich für die Zeit zwischen 1150 und 1740 sowie Stadtteilpläne und Ansichten historischer Gebäude bereichern die Darstellung ebenso wie zwei Karten des nördlichen Ostfrieslands im 11. bzw. 12. Jahrhundert. Es folgt ein Aufsatz von Robert NOAH über die Kirche in Osteel/Ldkr. Aurich mit Angaben zur Rekonstruktion des ursprünglichen Bauwerks, dessen Entstehung er in die Mitte des 13. Jahrhunderts datiert. Zahlreiche Fotos und Zeich-

nungen erläutern die Baugeschichte. Ein weiterer historischer Beitrag — „Edzard der Große im Spiegel des Eggerik Beninga“ — leitet zur Neuzeit über. Heinrich SCHMIDT beleuchtet hier das Leben des ostfriesischen Grafen aus der Sicht des bedeutenden Chronisten. Menno SMIDS Aufsatz „Die Planansicht der Stadt Emden im Städteatlas von Georg Braun und Franz Hogenberg“ zeigt die Problematik einer genauen Datierung des ab 1572 erschienenen Atlases auf. Martin TIELKE schließt sich mit der religionsgeschichtlichen Arbeit „Ubbo Emmius, die Reformation und die Freiheit“ an. Der folgende Beitrag „Politische Partizipation und frühmoderner Staat. Ostfriesland vom 16. bis zum 19. Jahrhundert“ von Bernd KAPPELHOFF stammt wieder aus der Feder eines Historikers. Im Aufsatz von Friedrich-Wilhelm SCHAEER „Das Gräflich Oldenburgische Archiv wird ‚geflüchtet‘ — Glückstadt, Emden und andere Stationen (1679 bis 1795)“ wird die Problematik der Auslagerung von Archiven vor oder während kriegerischer Konflikte deutlich. Wolfgang HENNINGER beschreibt in seiner Arbeit „Der Leeraner Leinenreeder Coenraad Zijtsema (1702—1788)“ die Expansion der Firma C. Zijtsema & Compagnie und die Entwicklung des Leeraner Leinengewerbes. Stefan PÖTZSCH bringt mit „Conrad Bernhard Meyer (1755—1830: Gastwirt und Kaufmann, Kupferstecher und Baumeister“ einen Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Aurichs an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Den Abschluß bildet ein Aufsatz von Herbert REYER über die Vertreibung der Juden aus Ostfriesland und Oldenburg im Frühjahr 1940.

Johannes EY, Wilhelmshaven

LIEBHART, Wilhelm (Hrsg.): Schwangau. Dorf der Königsschlösser. — Sigmaringen: Thorbecke 1996. 902 S., 241 Abb., 1 Aufschlagtafel. ISBN 3-7995-3435-0. DM 78,00.

Dem Herausgeber des anzuzeigenden „Heimatbuches“, Professor Dr. Wilhelm LIEBHART, der 1989 bereits einen breit angelegten lokalgeschichtlichen Sammelband über den Allgäuer Markt Nesselwang vorgelegt hat, ist es gelungen, für die zahlreichen Einzelbeiträge der umfassenden Monographie zu Schwangau kom-

petente und renommierte Bearbeiter zu gewinnen.

Die vielfältigen Themen des Heimatbuches sind unter den Schlagworten „Natur und Landschaft“, „Geschichte“, „Königszeit“, „Geschichte in Gestalten“, „Pfarrei, Seelsorge und Schule“, „Kunst“, „Volkskultur“, „Wirtschaft und Gesellschaft“ gebündelt. In einem ausführlichen „Häuserbuch“ wird darüber hinaus die Geschichte sämtlicher Anwesen der Gemeinde dokumentiert. Ein Personen- und ein Ortsregister runden den materialreichen Band ab, der nicht nur Kenntnisse des Lesers zu Spezialproblemen der Ortsgeschichte Schwangaus vertieft, sondern zugleich die Vielfalt der Perspektiven und methodischen Ansätze heutiger Lokalgeschichtsschreibung veranschaulicht.

Zur Erschließung der Fülle der gebotenen Informationen wäre dem Band allerdings ein Sachregister zu wünschen. Denn, wenn auch Schlagworte am Rande des Textes den Leser bei der Suche unterstützen, bleiben doch viele Informationen unauffindbar, wenn man den Sammelband nur in einer Spezialfrage konsultieren will, etwa um Schwangau als Vergleichsbeispiel heranzuziehen.

Die vorliegenden Beiträge konzentrieren sich keineswegs, wie durch den Untertitel suggeriert, auf die „Königszeit“, der Schwangau seinen weit über Bayern hinaus reichenden Bekanntheitsgrad verdankt, sondern dokumentieren und kommentieren die Entwicklung des historischen Raums von der Vor- und Frühgeschichte bis zur Jetztzeit. Angesichts des Umfangs des Bandes ist es im Rahmen einer Rezension nicht möglich, auf alle der etwa fünfzig Beiträge der 36 Autoren näher einzugehen, so daß im folgenden nur einige wenige Beiträge herausgegriffen werden können.

Generell läßt sich festhalten, daß der Band durchgehend reich, wenn auch in unterschiedlicher Qualität, illustriert ist. Hierbei wurden nicht nur historische Ansichten, alte wie aktuelle Fotografien und Graphiken verwandt, sondern erfuhr gerade auch Karten besondere Berücksichtigung: sei es, daß man alte Karten in die Texte mit einbezog, wie etwa eine Karte des Lechverlaufes von 1551 (S. 130—131) oder eine Forstkarte des Schwangauer Landes von 1855 (S. 650); sei es, daß sie eigens für diesen Band erstellt wurden, wie etwa Karten zum historischen Erzbergbau (S. 36, 38) oder zur schwäbisch-bairischen Dialektlandschaft (S. 603). Die derzeitige naturräumliche Ausstattung und Form der landwirtschaftlichen Nutzung des Gemeindegebiets wird auch mit Hilfe von Luftaufnah-

men umfassend dokumentiert (S. 14—15, 30, 100—101, 546).

Aus Sicht der historisch-geographischen Landeskunde sind vor allem die Beiträge der ersten beiden Teile des Bandes („Natur und Landschaft“, „Geschichte“) von Bedeutung. In diesem Zusammenhang wären auch die Abschnitte über den Tourismus zu nennen, der das heutige Schwangau wirtschaftlich prägt (Franz BERKTOLT-FACKLER: Anfänge des Tourismus, S. 721—732; Paul HOSER: Moderner Tourismus und heilklimatischer Kurort, S. 733—750). Die Beiträge schildern die Entwicklung des Tourismus und seine Auswirkungen auf die Kulturlandschaft durch den Bau von Bergbahnen, Skiliften etc. Hierbei sind die Widerstände gegen diese Veränderungen genauso dokumentiert wie der Protest gegen den künstlich angelegten Forggensee (S. 41—47).

Unter den historischen Beiträgen ist der Aufsatz von Wolfgang WÜST über das fürstbischöflich-hochstiftische Meieramt Waltenhofen (S. 105—116) besonders hervorzuheben, der, in mustergültiger Weise auf breiter archivalischer Basis erarbeitet, auch die Sachquellen der historisch-genetischen Siedlungsforschung miteinbezieht (so etwa die historischen Grenzsteine, S. 113).

Der mehrfach im vorliegenden Band mit zumeist gänzlich aus den Quellen geschöpften Beiträgen vertretene Paul HOSER hat auch die undankbare Aufgabe der Darstellung der nationalsozialistischen Zeit übernommen. Daß diese Phase der Schwangauer Geschichte und ihre Darstellung vor Ort heute keineswegs unumstritten ist, wird darin deutlich, daß HOSER gelegentlich zu Anonymisierungen gezwungen war (so etwa auf S. 164—165, 171).

Von den in der Ortsgeschichte von Schwangau enthaltenen biographischen Studien seien hier nur die höchst sachkundigen Ausführungen von Hans PÖRNBACHER zu Abt Simpert Niggel OSB von Neresheim (S. 369—376) und von Paul HOSER zum Ordensgeneral der Salvatorianer P. Pankratius Pfeiffer (S. 377—382) genannt, die man hier nicht vermutet, aber zweifellos von überregionaler Bedeutung sind.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Mehrzahl aller Beiträge darum bemüht ist, nicht nur die spezifischen lokalen Ereignisse und Strukturen darzustellen, sondern auch die Einflüsse überregionaler Entwicklungen auf Schwangau aufzuzeigen. So gewinnt auch der interessierte Laie ein differenziertes Verständnis der historischen Bedingtheit von „Heimat“.

Dietmar GRYPÄ, Eichstätt

PREU, Christoph u. Peter LEINWEBER (Hrsg.): *Landschaftsökologische Raumbewertung. Konzeptionen — Methoden — Anwendungen.* Vechta: Vechtaer Druckerei und Verlag 1996. 148 Seiten, 42 Abb., 19 Tab. = Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft Bd. 16. ISBN 3-88441-143. DM 34,80.

Die vorliegende Abhandlung zu Problemen der landschaftsökologischen Raumbewertung ist die Veröffentlichung einer Vortragsreihe von Gastdozenten, die im Zusammenhang mit der Etablierung des Studienganges „Umweltmonitoring“ an der Hochschule in Vechta gehalten wurden. Die Herausgeber erheben weder den Anspruch einer umfassenden Abdeckung des im Titel angesprochenen Problemkreises noch möchten sie diese Veröffentlichung als „Lehrbuch“ zum Studiengang verstanden wissen. Das sehr allgemein gehaltene Ziel, „einen Einblick in die große Vielfalt“ von Forschungsansätzen zur ökologisch fundierten Raumbewertung geben zu wollen, ermöglicht eine lose Zusammenstellung von Betrachtungen. Diese wird mit der Veröffentlichung vorgelegt. Dabei ergibt sich die Ordnung durch die genutzte Methodik, dem Gegenstand und der Raumanordnung der Beispiele. Beide einleitenden Artikel, die konzeptionelle Fragen behandeln, könnten eine gewisse Klammerfunktion übernehmen. Dies wurde bedauerlicherweise nur ansatzweise genutzt. So bleibt die Veröffentlichung primär eine Aneinanderreihung von Beispielen.

Im einleitenden Artikel wird auf der Basis einer umfangreichen Literaturanalyse das Spektrum der Ansätze zur Naturraumbewertung analysiert. Die dabei gewählten Kriterien stellen eine Möglichkeit dar. Auf der Grundlage einer geosystembasierten, kompartimentenbezogenen Landschaftsstrukturierung werden Naturraumbewertungsansätze systematisiert. Abschließend wird die Bedeutung der methodischen Ansätze: Raumgliederung, Einsatz von Fernerkundungsdaten und Umweltinformationssysteme kurz bewertet.

Der nachfolgende Beitrag ist eine vergleichende Betrachtung gebräuchlicher Landschaftsanalyse- und -diagnoseverfahren und verdeutlicht gut das allgemeine Spektrum der Probleme bei Naturraumbewertungen. Dabei werden funktionsorientiert verschiedene Nutzungsbereiche dieser Verfahren gegenübergestellt. Man sollte allerdings a priori davon ausgehen, daß nut-

zungsorientierte Vergleiche stets Unterschiede einschließen müssen. Die Diskussion über die Bedeutung von allgemeingültigen Basisbewertungen wird nicht geführt. Anschließend werden die allgemein bekannten Problemfelder von Landschaftsbewertungen aufgezeigt, begründet sowie Konsequenzen vorgeschlagen. Diese werden allgemein und oft thesenhaft formuliert. Der folgende Artikel greift Bewertungsfragen in der Stadtökologie auf und stellt diese am Beispiel stadtklimatologischer Probleme dar. Der Autor analysiert und bewertet speziell Fragenstellungen mit Bezug zur Luftgüte und befaßt sich mit Aspekten zur Abgrenzung eines Stadtklimas. Dabei werden die Komplexität notwendiger Herangehensweisen verdeutlicht, Einflußfaktoren analysiert und Bewertungsansichten benannt und vorgestellt. So erhält der Leser einen Überblick über ausgewählte Sachthemen der Stadtklimatologie. Weniger effektiv für das Erfassen der Strukturierung der Gesamtproblematik ist die gewählte Gliederung, die solchen Leitlinien wie „Fragen der Luftgüte“ oder „Aspekte des urban modifizierten Klimas“ folgt. Sie implizieren a priori eine Aneinanderreihung von Sichtweisen.

Der nächste Beitrag beschäftigt sich mit dem Problem der Laufendhaltung von Bodenkarten unter Verwendung eines GIS. Angelehnt an das Niedersächsische Bodeninformationssystem, dessen Konzeption kurz vorgestellt und bewertet wird, werden Probleme bei der Erstellung eines GIS, wie zum Beispiel die Selektion von Basisdaten, die Nutzung des typbasierten Ansatzes für kombinierte Wirkungsgefüge oder das Vermeiden von Informationsverlusten bei Datenverschnidungen aufgezeigt und Lösungsvarianten vorgeschlagen. Dabei sollte allerdings der Eindruck vermieden werden, daß dieses Problemfeld ein spezifisch pedologisches ist.

Ein gelungenes Beispiel für eine komplexe methodische Bearbeitung eines geoökologischen Themas stellt der Artikel zur „Analyse und Bewertung von Bodenbelastungen“ dar. Dies trifft insbesondere für den Abschnitt der Prognose der Zink-Gehalte im Boden zu. Hier wird sichtbar, daß moderne Analyse- und Verarbeitungsmethoden ökologischer Daten durchaus praktikabel sind, sinnvoll eingesetzt werden können und über die Berechnung verschiedener Szenarien sich Erkenntnisfortschritte für die Steuerung von Bodenbelastungen ergeben. Die Beschränkung auf ein Beispiel unterstützt die Klarheit der Methodik, stellt aber im Vergleich mit dem Titel des Artikels doch eine deutliche Einschränkung dar.

Ein weiterer Ansatz für die Bearbeitung geökologischer Probleme auf der Basis moderner Arbeitstechniken (GIS) wird mit der Erstellung und Auswertung einer geökologischen Karte am Beispiel des Blattes Vechta vorgestellt. Primär beschäftigt sich der Artikel mit der rechnergestützten Erstellung einer geökologisch interpretierbaren Datenbank aus der exemplarisch Elementkarten erzeugt und bewertet wurden. Bezugnehmend auf die allgemein bekannten Mängel von Kartierungen wird die Ableitung von Flächendaten aus Punktdaten als wichtige Potenz eines GIS angesehen und vorgestellt. Dabei ist die generelle Machbarkeit durch das System bedingt gegeben. Solche Aussagen werden aber hier nicht erwartet, bedeutend sind Güteabschätzungen. Diese werden in den Auswertbeispielen später angedeutet. Dabei wird speziell das Problem der Genauigkeit der durch Interpolation erzeugten GIS-Karten offensichtlich.

Ökonomische und ökologische Aspekte nehmen in der Landschaftsforschung seit Jahren eine zentrale Position ein. Somit widmet sich der Artikel zur Analyse und Bewertung anthropogener Eingriffe in den Landschaftshaushalt einem vielfach untersuchten und diskutierten Problem. Verknüpft wird es mit der Frage der Kartierung ökologisch interpretierbarer Informationen über die Landschaft. Der Artikel ist ein in sich abgerundetes Beispiel für eine mögliche Herangehensweise. Die zur Operationalisierung vorgeschlagenen Parameter sollen Nährstoffhaushalt und -status, Wasserhaushalt und Bodenfeuchte, Geländegestalt und Mesoklima abbilden. Außerdem wird der Versiegelungsgrad berücksichtigt. Damit bestehen gewisse Variationen zu anderen Landschaftsbewertungen. Das Bemühen den anthropogenen Faktor besser interpretierbar zu machen, wird sichtbar und an ausgewählten Beispielen vorgeführt. Nachteilig für das Verständnis wirkt sich das Fehlen des vollständigen kartierten Kartenblattes (Bad Iburg 1:25 000) aus. Es wurde lediglich ein topographiefreier Ausschnitt für die Einbandsgestaltung genutzt.

Der Artikel zur Moornutzung und zum Moorschutz in Niedersachsen gibt einleitend einen kurzen Überblick über die hydrologischen Moortypen und ihre Verteilung in Deutschland. Anschließend wird aus historischem Blickwinkel die Entwicklung der Moornutzung im niedersächsischen Raum dargestellt. Dabei werden Probleme der Moorveränderung hervorgehoben und folgerichtig der Bedarf an Moorforschung

und -schutz abgeleitet. Widerspruchsorientiert werden aus Nutzungsansprüchen und Schutzziele Nutzungs konflikte abgeleitet und der nachhaltige Moorschutz durch Bewertung des Schutzbedarfs, der Schutzfähigkeit und der Schutzwürdigkeit begründet. Abschließend werden getrennt für Hoch- und Niedermoore Wirkungsgefüge verdeutlicht und praktikable Wege zur Renaturierung vorgestellt. Der Artikel greift die aktuelle ökologische Situation der Moore auf. Er gibt einen abgerundeten Einblick in das komplexe Problemfeld und ermöglicht einen lehrbuchhaften Einstieg in die Gewinnung von Erkenntnissen über Moornutzung und Moorschutz.

Der nachfolgende Beitrag ist ein Ergebnis des Forschungsvorhabens „Ökosystemforschung Niedersächsisches Wattenmeer“. Dabei soll speziell der Themenkomplex „Methoden zur Nutzung und Bearbeitung von Fernerkundungsdaten sowie Möglichkeiten ihrer Weiterverarbeitung in einem GIS“ untersucht und bewertet werden. Mögliche Datenquellen werden hinsichtlich ihrer Interpretierbarkeit zur Thematik „Wattenmeer“ charakterisiert und Beispiele für das Ausgliedern großflächiger naturräumlicher Strukturen aus Satellitendaten (Landsat-TM), Biotopklassifizierungen auf der Basis von CIR-Luftbildern im Maßstab 1:10 000, das Erfassen von Miesmuschelbänken und Algenbedeckungen durch Colorbilder, die quantitative Bestandsaufnahme „Schwarzer Flecken“ (oberflächennahes anaerobes Milieu) mit Luftbildern und im multitemporalen Ansatz (zwei Zustandsvergleiche) das Erkennen der Dynamik im Prielsystem auf der Basis von Luftbildvergleichen vorgestellt. Damit wird der Nutzen durch Erkenntniszuwachs belegt, obwohl festzustellen ist, daß bisher nur Ansätze einer digitalen Bildverarbeitung genutzt wurden. Die Bewertungen sind meist allgemein gefaßt und beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Interpretierbarkeit analoger Daten. Optimierungs- und Decodierungsalgorithmen, insbesondere die Notwendigkeit und der Einsatz digitaler Verarbeitungen bleiben unklar. Der Schlußfolgerung, daß die Potenzen der Fernerkundung primär im Monitoring für flächenbezogene Fragestellungen liegt, muß zugestimmt werden.

Einsatzmöglichkeiten von Fernerkundungsdaten werden auch im nächsten Artikel diskutiert. Am Beispiel des North-Male Atoll der Malediven werden Notwendigkeit und Möglichkeiten der Schaffung topographischer und thematischer Karten aus SPOT-Daten abgeleitet und vor-

gestellt. Als Datenbasis dienen analoge SPOT-Daten der Kanäle 1 (500—590nm), 2 (610—680nm) und 3 (790—890nm), die als s&w Diapositive im Maßstab 1:400 000 vorliegen. Es werden Interpretationsmöglichkeiten solcher Daten vorgestellt und bewertet. Dabei wird einerseits eine topographische Karte mit morphographischen Haupteinheiten im Maßstab 1:100 000 abgeleitet und andererseits im Maßstabsbereich 1:50 000 und 1:25 000 thematische Karten zur Flächennutzung des Festlandes und zur Differenzierung der Flachwasserbereiche nach Wassertiefe und Meeresbodenbeschaffenheit erstellt. Insbesondere die Ableitung der großmaßstäbigen thematischen Karten ist dabei auf die Einbeziehung von in-situ Erhebungen zurückzuführen. Es wird gezeigt, daß für kartographisch schlechter erschlossene Gebiete Fernerkundungsdaten einen wichtige Informationsquelle sein können. Nachteilig wirkt sich das Fehlen von Abbildungen zu den Datenquellen aus, da so die Schüsse nur aufgenommen und nicht nachvollzogen werden können. Dieser Artikel ist in englischer Sprache verfaßt.

Auch der Abschlußbeitrag basiert auf der Anwendung der Methode der Geofernerkundung. Es werden hierzu die im Rahmen eines ESA-DLR Projektes mit dem Titel „Monitoring of Tropical Rain Forest in East Kalimantan (Indonesia)“ gewonnene Ergebnisse vorgestellt. Diese zielen primär auf die ökologische Kontrolle und den Landnutzungswandel in der Region des Tropischen Regenwaldes. Zunächst wird das Projekt eingeordnet und die Nutzung von kosmischen multispektralen Daten der Systeme Landsat-TM/MSS bzw. SAR/ERS-1 begründet sowie ihre Einsatzbereiche postuliert. Die Datennutzung erfolgt in Form der Erstellung eines Farbmischbildes einer geocodierten Landsat-TM-Szene aus den Spektralkanälen 2 (VIS-grün), 4 (NIR) und 5 (SWIR), das zur Beschreibung der Flächennutzung genutzt wird. Dabei wird der ausführlich beschriebene aktuelle Nutzungswandel indirekt ableitbar. Die wesentliche Nutzung der Geofernerkundungsdaten erfolgt durch eine überwachte Klassifikation von Landsat-TM-Daten nach dem Maximum Likelihood Ansatz und selektiert 15 Landnutzungsklassen (darunter neun Waldklassen), deren Interpretation durch eine Forstzustandskarte sowie terrestrischen Erhebungen gesichert und verifiziert wurde. Eine Güteabschätzung ergab eine hohe Übereinstimmung. Auch hier kann durch das Fehlen qualitativ guter Abbildungen nicht nachvollzogen, sondern nur registriert werden. Der Artikel ist in englischer Sprache verfaßt.

Die Blickwinkel auf geökologische Problemfelder können sehr unterschiedlich sein. Inhalte, Räume, Methoden usw. variieren. Das vorgelegte Heft der Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft verdeutlicht dies. Wenn das Ziel darin besteht, Einblicke in geökologische Forschungstätigkeiten zu vermitteln, so wird hier ein gewisses Spektrum sichtbar. Neben abgeschlossenen und abgerundet dargestellten Problemkreisen werden auch konzeptionelle Ansätze dargestellt. Zukunftsorientiert wird auf moderne Arbeitsmethoden zugegriffen, experimentiert und abgewogen. Die einzelnen Beiträge dokumentieren unterschiedliche Stände des Voranschreitens. So liegen zum Beispiel in den Verarbeitungsmöglichkeiten der Fernerkundungsdaten sicher noch einige Potenzen. Auch die Qualität der digitalen kartographischen und der auf Fernerkundungsdaten basierenden Abbildungen ist verbesserungswürdig. Fehlende oder spärliche topographische Informationen sowie die Beschränkung auf s&w-Darstellungen mindern ihre Aussagekraft. Aber Methode und Form sind nur ein Mittel zum Zweck. Der Erkenntnisgewinn bei der Behandlung geökologischer Probleme kann in jedem Beitrag nachempfunden werden. Darum ist die Absicht „Einblicke zu gewähren“, „Anregungen zu bieten“ oder „Wissen zu dokumentieren“ erfüllt. Es ist zwar kein Lehrbuch, aber für Lernende durchaus lehrreich und empfehlenswert.

Klaus KADEN, Potsdam

von REEKEN, Dietmar: Heimatbewegung, Kulturpolitik und Nationalsozialismus: Die Geschichte der „Ostfriesischen Landschaft“ 1918—1949. — Aurich: Ostfriesische Landschaft 1995. 325 S., Tab., Fotos. (= Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands Bd. 75).

ISBN 3-925365-93-1.

Die Aufarbeitung der Kulturpolitik des Dritten Reiches steht immer noch in den Anfängen. Zwischen der bahnbrechenden Studie von Karl DITT, „Raum und Volkstum. Die

Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923—1945“ Münster 1988, über die regionale Förderung der Kultur der Provinz Westfalens in der Weimarer Zeit und der Nationalsozialistischen (NS)-Diktatur und dem jetzt vorliegenden Werk REEKENS über die benachbarte Region Ostfrieslands liegen immerhin acht Jahre. Allein die regionale Abgrenzung wirkt angesichts des durch den NS auf den Kopf gestellten Regionsbegriffs bisher eher abschreckend auf Historiographen. Die zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung pendelnde Reichskulturpolitik scheint eine territoriale Zuordnung von Regionen, Landschaften, Kreisen, Gauen und Provinzen undurchführbar werden zu lassen. Lückenhafte Aktenbestände lassen häufig solcherart Projekte schnell scheitern. Der Versuch REEKENS trotzdem eine weitere konzeptionell wegweisende wie auch vom grenzüberschreitenden Ansatz her interessante Arbeit vorgelegt zu haben, ist sein außerordentliches Verdienst.

Ausgehend vom Heimatbegriff, den die konservative, völkische Bewegung der dynamischen Entwicklung der gesellschaftlichen Strukturen und der sich verändernden Umwelt vor 100 Jahren entgegenstellte, formuliert der Autor den methodischen Ansatz seiner Regionalgeschichte: Wie werden regional verbreitete Kulturvorstellungen in Abhängigkeit der herrschenden Kulturpolitik des Staates umgesetzt? Seine These lautet, daß regionale Identitäten nicht losgelöst von ihrem politischen Umfeld betrachtet werden dürfen (S. 17).

Sein Vorgehen erfolgt in zwei Schritten: Einerseits die Verfassungsanalyse (wobei der Begriff unglücklich gewählt ist, meint er doch die Satzung der Landschaft Ostfriesland), andererseits die kulturpolitische Analyse der Handlungsspielräume der Akteure und Träger regionaler Identitäten. Unterteilt wird die Studie in zwei Hauptkapitel: die Weimarer Republik und die NS-Zeit.

Ausgehend von der wechselnden territorialen Zugehörigkeit der Landschaft Ostfriesland zu Preußen und Niedersachsen zeigt er in der Einleitung auf, wie diese Region im Spannungsfeld territorialer Ansprüche Niedersachsens und Westfalens liegt. Erst die endgültige Angliederung an Preußen und die einsetzende regional differenzierte Industrialisierung, die er als Modernisierungsprozeß begreift, fördert die Ausprägung eines eigenen Regionalbewußtseins, welches sich auch auf die Sonderstellung der niederländischen Sprache stützte, nachhaltig. Seit den 1920er Jahren stärken neoromantische Strömungen und völkische Vertreter — unter-

stützt durch wissenschaftliche Kultureinrichtungen wie die „Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung“ in Leipzig — die regionale Identität eines Friesentums, welches auf Biologismus, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft sowie Überfremdungsängste basiert (S. 87—93). 1933 wird auch die Ostfriesische Landschaft als Kultureinrichtung dem Führerprinzip unterworfen. Dieser Wechsel war durch ihre Akteure, die zugleich der Heimatbewegung entstammten, ideologisch vorbereitet.

Hier zeigt REEKEN deutlich den sukzessiven Unterwanderungsprozeß auf, den die Nazis mangels der entsprechenden Akzeptanz in dem ländlichen und mit sozialdemokratischen Hochburgen durchsetzten Gebiet vornehmen mußten. (Leider fehlen Angaben zur Wahlstatistik, die diesen Sachverhalt deutlicher herausgestrichen hätten, S. 24—27, 99—109.) Statt dessen konzentriert sich REEKEN auf relativ formalistische Fragestellungen, wie die Satzung der Landschaft umgestaltet wurde (S. 99—145). Ergänzt wird diese mehr formelle Abhandlung durch vorzügliche Darstellungen über die Instrumentalisierung der Kulturpolitik sowie Rassen und Sippenforschung, die in Zusammenarbeit mit dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland durchgeführt wurde. Hier zeigen sich verblüffend viele Hinweise der bereitwilligen Umsetzung von Kultur- und Rassenpolitik auch mit der SS und der Kooperation mit der niederländischen Friesenbewegung, die in der „Saxo-Frisia“ und der „Deutsch-Niederländischen Gesellschaft“ versammelt war (S. 146—257).

Als Ergebnis der weitreichenden Funktionalisierung der NS-Kulturpolitik läßt sich die landschaftliche Ausrichtung der Förderung der Kultur einerseits bei gleichzeitiger Anpassung an die Strukturen eines modernen Staates andererseits feststellen. Der Übergang von einer passiven zu einer aktiv gelenkten, hegemoniale und autoritäre Wertvorstellungen transzendierenden Politik diskutiert REEKEN vor dem Hintergrund des durch den NS ausgelösten Modernisierungsschubs. Daß das traditionelle Kulturverständnis bis in die Nachkriegszeit wirkte und von dem im Nationalsozialismus aktiven Hermann Aubinkreis von der Universität Hamburg unmittelbar reaktiviert wurde, ist dabei eine eher ernüchternde Erkenntnis. Für den historisch arbeitenden Geographen stellt das Buch eine Fundgrube dar. Es ist zu wünschen, daß solche Regionalstudien künftig auch für andere Gebiete des Deutschen Reiches verfügbar wären.

Michael FAHLBUSCH, Bonn

RIEGLER, Franz: Höfeerschliessung im bergbäuerlichen Siedlungsraum. Das Beispiel Tirol. — Innsbruck: Selbstverl. d. Inst. f. Geogr. d. Universität 1995. 146 S., 39 Tab., 31 Abb. 21 Bilder, Tabellenanhang. = Innsbrucker Geographische Studien Bd. 25.

ISBN 3-901182-25-X. DM 32,00.

Die allgemeine Motorisierung in der Nachkriegszeit führte auch in Tirol zur Ausweitung des Straßennetzes von den befahrbaren Hauptachsen aus in die Seitentäler. Die Folge war eine Neugliederung des Berggebietes in Gunst- und Ungunsträume. Damit begann eine Veränderung der soziökonomischen Strukturen. Die Spannweite des Wandels reicht vom Aufgeben von Siedlung und Nutzung bis zur Spezialisierung innerhalb der Landwirtschaft und dem Aufbau neuer Erwerbszweige, etwa des Tourismus.

Franz RIEGLER untersuchte am Beispiel Tirol, wie sich die nach dem Zweiten Weltkrieg durch öffentliche Straßen erschlossenen Bergbauernhöfe entwickelt und umstrukturiert haben. Damit greift der Autor ein Thema auf, das durch die Umorientierung auf die Regelungen innerhalb der EU und der WTO erneut eine aktuelle Bedeutung erlangt hat. Die Studie ist das Ergebnis einer Dissertation, die 1990 unter Prof. Dr. A. LEIDLMAIR abgeschlossen worden ist. Für den Druck wurden die Ergebnisse der Volkszählung von 1991 und andere neuere Erhebungen einbezogen.

Einleitend skizziert der Autor in drei kurzen Kapiteln die Entwicklung der Landwirtschaft in Tirol seit dem Übergang von der Selbstversorgungswirtschaft zur Marktwirtschaft nach 1960. Zeitlich parallel erfolgte die Mechanisierung in der Landwirtschaft und begann das Wachsen der regionalen Zentren und Touristikgemeinden. Während 1951 die Wohnbevölkerung aus der Land- und Forstwirtschaft noch 26 Prozent der Gesamtbevölkerung betrug, ist dieser Anteil bis 1991 auf 3,9 Prozent gesunken. Betriebswirtschaftlich kommt den Neben- und Zuerwerbsbetrieben eine immer grössere Bedeutung zu. Heute sind 2/3 aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit Tätigkeiten in Gewerbe und Tourismus verbunden. Durch die Aktion „Urlaub am Bauernhof“ waren 1990 im Tirol rund 6000 Höfe oder 30 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe direkt am Tourismus beteiligt. Damit erweist sich die Erreichbarkeit der Höfe mit einem Auto als notwendige Voraus-

setzung für eine fortgesetzte Optimierung der Betriebe.

Das erste Hauptkapitel schildert die Erschließung der Bergbauernhöfe in ihrer zeitlichen und räumlichen Differenzierung. Mit dem Bau von „Güterwegen“ hatte in der Zwischenkriegszeit eine bescheidene Verbesserung der Erschließung begonnen, wovon vor allem die Dörfer profitierten. Nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1960 wurden zunächst kostengünstige Seilbahnen oder „Seilwege“ errichtet, womit isolierte Einzelhöfe und Hofgruppen im steilen Relief auch im Winter erschlossen blieben. Neue Verbesserungen zur Hoferschließung brachte das Landesgesetz über das landwirtschaftliche Siedlungswesen von 1960. Es verfolgte das Ziel, durch den Bau von Straßen die Gefahr der Entsiedelung des Berggebiets zu beseitigen und die Weiterbewirtschaftung der Höfe zu sichern. Vor 1960 lag der Schwerpunkt der Erschließung im Westen des Landes und in Osttirol, erst später verlagerte er sich in die Einzelhofgebiete der Bezirke Kufstein und Kitzbühel. Von 1951 bis 1993 wurden in Tirol insgesamt 6883 Höfe erschlossen und 1995 galten noch rund 650 Höfe als unerschlossen. Interessant sind die Angaben wie Höhenlage und Erwerbsart der Höfe als Gegebenheiten sowie der Fremdenverkehr als neuer Steuerungsfaktor den Vorgang der Erschließung beeinflusst haben.

Im zweiten Hauptkapitel stellt der Autor die Auswirkungen der Verkehrserschließung auf den bergbäuerlichen Siedlungsraum dar. In 30 Gemeinden wurden die Bewohner von 550 ehemals unerschlossenen Bergbauernhöfen und von neu errichteten Einfamilienhäusern über die Auswirkungen des Straßenbaues befragt. Besonders positiv bewertet werden die neuen Möglichkeiten als Tagespendler auswärts in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben zu arbeiten, auf dem Hof Maschinen einzusetzen, Zimmer zu vermieten, weiterführende Schulen zu besuchen, über eine bessere medizinische Versorgung sowie über vermehrte soziale Kontakte zu verfügen. Als negativ werden die seither aufgetretene Zersiedlung der Landschaft, die steigenden Aufwendungen für die wachsende Infrastruktur und das hohe Verkehrsaufkommen beurteilt.

Nach der Zusammenfassung des Autors „muß die Erschließung des Bergsiedlungsraumes als eine unbedingt notwendige Maßnahme angesehen werden“, wenn das Berggebiet weiterhin besiedelt bleiben soll. Hier ist aus der Sicht von 1997 wohl ein Fragezeichen zu setzen. Die Sorge um die Überlebensmöglichkeiten der freilebenden Pflanzen und Tiere zwingt uns zur

ebenfalls aktuellen Frage, welche Bereiche in den Alpen nicht zu erschließen sind und wo es sogar nötig ist, die Nutzung durch den Menschen zu reduzieren und bisherige Siedlungen aufzugeben. Die Arbeit von RIEGLER vermittelt uns einen wertvollen Einblick in den Ablauf der alpinen Erschließung, deren Ergebnisse und Weitergestaltung wir erneut zu überdenken haben.

Das Buch präsentiert sich in einer guten Druckqualität. Zur besseren Gliederung sollten die fünf Kapitel je mit einer neuen Seite beginnen. Ferner würde eine durchlaufende Nummerierung der Illustrationen und die konsequente Nennung der Nummern im Text die Lektüre erleichtern.

Klaus AERNI, Bern

RITTER, Gert u. Günther WEISS: Politische Systeme und räumliche Strukturen, Fallstudien zum Wandel räumlicher Struktur- und Orientierungsmuster in den Grenzräumen der neuen Bundesländer. — Köln: Selbstverlag Karl-Günther Schneider 1995. III u. 144 S., zahlr. Tab., Abb. = Geostudien 14. DM 32,00.

Der Sammelband enthält sechs Fallstudien zum Wandel räumlicher Struktur- und Orientierungsmuster in den Grenzräumen der neuen Bundesländer. Dabei handelt es sich um verschiedene Beiträge unterschiedlicher thematischer Ausrichtung, die aus dem Lehr- und Forschungsbereich der beiden Kölner Fachdidaktiker stammen.

Zunächst einmal behandelt G. RITTER die Entstehung, Entwicklung und Auflösung eines Industriekombinates am Beispiel der VEB Werkzeugkombinat Schmalkalden. Dabei stellt er die Entwicklung der Schmalkaldener Kleinteilenindustrie dar und geht ausführlich auf deren Sozialisierung nach 1945 ein. Schließlich setzt er sich mit der Entflechtung und Privatisierung des Werkzeugkombinats Schmalkalden nach der Wende auseinander, wobei er sowohl die Privatisierung des Stamm- als auch die der Teilbetriebe herausarbeitet.

Aus fremdenverkehrsgeographischer Sicht beschäftigt sich G. WEISS mit dem systembe-

dingten Strukturwandel des Ostseebades Kühlungsborn. Systematisch zeigt er die zeitlichen Phasen der touristischen Entwicklung auf (bis 1945, 1945—89, nach 1989) und stellt abschließend die Perspektiven und Planungen für die Zukunft zusammen. In seiner empirischen Analyse berücksichtigt er sowohl die touristische Nachfrage als auch das Fremdenverkehrsangebot, das er in Form kleinräumig angelegter thematischer Karten anschaulich zu dokumentieren versteht.

Am Beispiel von Ober- und Untereichsfeld stellen G. RITTER und seine studentischen Mitarbeiterinnen einen Ost-West-Vergleich der sozialen Infrastrukturausstattung im ländlichen Raum an. Dabei erfolgt ein Systemvergleich des Infrastrukturangebots in beiden Teilen des Eichsfeldes vor und dessen Wandel nach der Wende. Für die Zukunft werden weitere Einschnitte in der infrastrukturellen Versorgung im östlichen Obereichsfeld erwartet, wenn auch auf der Basis einer besseren Qualität der verbleibenden Einrichtungen.

In Ergänzung dazu thematisiert G. WEISS das Regionalbewußtsein der im Eichsfeld lebenden Bevölkerung. Dieses diskutiert er einerseits im historischen Kontext, andererseits arbeitet er regionsspezifische Elemente heraus, die die Einwohner für das Untersuchungsgebiet als typisch erachten. Schließlich stellt er die etwas provokante Frage: „Ost gegen West oder gemeinsam gegen den Rest?“

Den Wandel der zentralörtlichen Orientierung im ehemaligen deutsch-deutschen Grenzgebiet nach der Grenzöffnung bezieht G. RITTER auf drei ausgewählte Regionen: das Eichsfeld, den Raum Salzwedel/Lüchow-Dannenberg sowie das nordwestliche Mecklenburg. Anhand der regionalen Orientierungen der Käufer werden die Veränderungen des räumlichen Einkaufsverhaltens nach der Wende dargestellt. Während die ostdeutsche Bevölkerung vorübergehend die zentralen Orte im westlichen Teil des Grenzgebietes aufgesucht hat, läßt sich bereits drei Jahre nach der Grenzöffnung eine Rückorientierung in die eigenen Versorgungszentren feststellen.

Am Beispiel der Spielwarenindustrie im Raum Sonneberg-Neustadt widmen sich G. RITTER und A. STEINAUER der Frage nach dem Einfluß von Grenzen auf industrieräumliche Entwicklungen. Diese werden im historischen Verlauf dargestellt und interpretiert. Obwohl es in den beiden Landkreisen Sonneberg und Coburg jeweils noch etwa 50 Spielwarenhersteller gibt, müssen diese große Anstrengungen unter-

nehmen, um sich auf dem Weltmarkt zu behaupten.

Die dargestellten Fallbeispiele zeichnen sich durch einen hohen Konkretisierungsgrad aus und geben einen interessanten Einblick in frühere und jetzige Raum- und Organisationsstrukturen. Die detaillierten Informationen erlauben eine umfassende Auseinandersetzung insbesondere mit den wirtschafts- und sozialräumlichen Verhältnisse vor der Wende, so daß es ein großes Verdienst ist, gerade diese Situation und ihren Wandel zu dokumentieren. Dies geschieht großteils mit Hilfe empirisch gewonnener Ergebnisse sowie in Form veranschaulichender thematischer Karten, Graphiken, Tabellen und Fotos.

Sicherlich eignet sich dieser Sammelband weniger für solche Leser, die an globalen Erklärungsansätzen politischer Systeme und räumlicher Strukturen in der ehemaligen DDR bzw. in den jetzigen neuen Bundesländern interessiert sind. Vielmehr liegen die Stärken der kleinräumig angelegten Ausführungen in der konkreten Darstellung exemplarisch untersuchter Fallbeispiele mit unterschiedlicher thematischer Ausrichtung, die in den Grenzräumen der neuen Länder angesiedelt sind.

Peter JURCZEK, Chemnitz-Zwickau

von ROHR, Götz: Wohnungsbaureserven im Bestand. Eine Methode zur Stützung von Bauflächenbedarfs-schätzungen. — Kiel: Selbstverl. d. Geogr. Inst. d. Univ. 1996. IV u. 64 S., 15 Tab. u. 13 Kt. = Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung 33. DM 12,00

Im Rahmen des Problemfeldes „nachhaltige Stadtentwicklung“ wird die Bedeutung des Nachverdichtungspotentials auf unter- oder nichtgenutzten Flächen gegenwärtig in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert. In der vorliegenden Studie wird die Frage des Nachverdichtungspotentials im Innenbereich des Mittelzentrums Buchholz aufgegriffen. Ziel ist es, eine Methode zur Ermittlung des Umfanges der mittelfristig realistisch mobilisierbaren Wohnungsbaureserven zu entwickeln. Als zentrale Arbeitshypothese wird für Buchholz angenommen, daß die Reserven die potentielle Nachfrage übertreffen, was durch eine Gegenüberstellung

von Nachverdichtungspotential und prognostiziertem Wohnungsbedarf zu belegen sei.

Zur Abschätzung der Wohnungsnachfrage-seite werden Eckwerte aus regionalplanerischen Studien für den Großraum Hamburg, zu dem auch Buchholz gehört, herangezogen. Nicht ganz klar wird hierbei, ob Prognosen über die Entwicklung von Haushaltszahlen und nicht nur Bevölkerungsprognosen den Berechnungen der erforderlichen neuen Wohneinheiten zugrundegelegt worden sind. Als wesentliche Datengrundlage für die Abschätzung des Nachverdichtungspotentials im Innenbereich von Buchholz werden die Ergebnisse umfangreicher Kartierungen aus einem Studienprojekt herangezogen. Ausgehend vom kartierten Ausnutzungsgrad der Grundstücke wird ein als maximal möglich definiertes Wohnungsbaureservepotential berechnet, wobei ein mittlerer Wohnflächenwert von 100 qm pro neuer Wohneinheit zugrundegelegt wird. Nicht unproblematisch scheint hierbei unter anderem, daß Grundstücke, auf denen derzeit — vermutlich — ein Wochenendhaus steht, wie unbebaute Grundstücke in die Berechnung des Reservepotentials eingehen.

Ausgehend vom berechneten maximal möglichen Wohnungsbaureservepotential wird in einem weiteren Schritt das wahrscheinliche Potential ermittelt. Hierzu werden für verschiedene Grundstückskategorien (u. a. unbebaute Grundstücke sowie bebaute, aber untergenutzte Grundstücke) spezifische Mobilisierungsquoten festgelegt. Von diesen wird angenommen, daß sie diejenigen Anteile widerspiegeln, die bis 2005 bzw. 2010 für die Errichtung neuer Wohneinheiten in Buchholz genutzt werden können. Die Festlegung der grundstücksspezifischen Mobilisierungsquoten basiert auf „Erfahrungswerten“, die in „Hintergrundgesprächen“ ermittelt wurden. Das Gesamtergebnis dokumentiert für Buchholz eine die potentielle Nachfrage übersteigende Wohnungsbaureserve im Bestand.

Wie der Blick in die umfangreiche Literatur aus verschiedenen Fachdisziplinen zeigt, sind sowohl einfache als auch komplexe Wohnungsmarktprognosen methodisch zweifelsohne sehr schwierige Aufgaben, die eine sehr sorgfältige Abwägung der Vorgehensweise erfordern. Bedauerlich an dieser Studie ist, daß wichtige Verfahrensschritte sowie Festlegungen von Schwellenwerten zumeist nur ansatzweise problemorientiert diskutiert und begründet werden. Die Übertragbarkeit der hier vorgestellten „Methode“ auf andere Gemeinde ist insgesamt als fraglich zu bewerten.

Ulrike SAILER-FLIEGE, Marburg

SCHMIDT, Heike: Freizeitverhalten und gesellschaftlicher Umbruch. Ein sozialgeographischer Ansatz am Beispiel des Erholungsraumes Potsdam. — Potsdam: Selbstverl. d. Inst. f. Geogr. u. Geoök. d. Univ. 1994. XVIII u. 153 S., 24 Tab., 34 Abb., 8 Karten, Anhang. = Potsdamer Geographische Forschungen Bd. 7. DM 19,50

Die Öffnung der Grenze am 9. November 1989 löste in der DDR einen gravierenden gesellschaftlichen Wandel aus. Obwohl die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion standen, zeichneten sich rasch auch im Freizeitbereich tiefgreifende Veränderungen ab. Die Arbeit, die im Dezember 1993 als Dissertation an der Universität Potsdam angenommen wurde, stellt eine „Momentaufnahme des Umbruchs“ (S. III) dar. Als methodologische Grundlage dient dabei — quasi als Import aus dem Westen — der Ansatz der „Münchner Schule“, der lupenrein (in Diktion und Gesellschaftsverständnis) und recht unreflektiert verwendet wird.

Im ersten Kapitel werden ausgewählte geographische Forschungsansätze in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (alt) vergleichend dargestellt. Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, daß mit unterschiedlicher Terminologie und Methodik ähnliche Fragestellungen bearbeitet worden sind. Für die DDR betont sie die begrenzten Einsatzmöglichkeiten empirischer Analyseinstrumente und den stärkeren Planungsbezug der Arbeiten.

Im weiteren werden die Folgen des radikalen Umbruchs in der DDR (speziell im Arbeitsbereich) auf den Freizeitsektor beschrieben. Wichtige Steuerfaktoren in diesem Prozeß sind Arbeitslosigkeit, Verminderung der Frauenbeschäftigung, Rückgang landwirtschaftlicher Berufe, Abwanderung von jüngeren Fachkräften, berufliche Veränderungen, höhere Mobilität und die neugewonnene Reisefreiheit. Gleichzeitig hat sich das Freizeitangebot erheblich erhöht. Als Konsequenz ist eine stärkere Individualisierung der Freizeit (und damit ein Bindungsverlust) festzustellen.

Die konkreten Veränderungen im Freizeitangebot und Freizeitverhalten werden im dritten Kapitel analysiert. Als wichtige Basis fungiert dabei eine umfangreiche empirische Erhebung (1991/92), bei der 650 Haushalte in acht Stadtteilen befragt wurden (der Rücklauf betrug bei der noch nicht „befragungsmüden“ Potsdamer

Bevölkerung 95 %). Nach einer umfangreichen Beschreibung der Stadtteile und ihrer Freizeiteinrichtungen werden die Befragungsergebnisse dargestellt. Danach sagten 74,2 Prozent der Befragten, daß sich ihr persönliches Freizeitverhalten nach der Grenzöffnung geändert hat. Wesentliche Veränderungen wurden in der Reisefreiheit gesehen, in Preiserhöhungen, in der Schließung von Einrichtungen und im erweiterten Freizeitangebot. Diese allgemeinen Ergebnisse werden im weiteren nach der „Wirkung der Grunddaseinsfunktionen“ (S. 106) differenziert. Als wichtiger Steuerfaktor des Freizeitverhaltens wird — neben der beruflichen Position und Situation — das Alter identifiziert: Die jüngeren Probanden (unter 55 Jahre) tätigen höhere Ausgaben und sind mobiler (stärkere Orientierung nach Berlin) als die älteren Befragten. Die Darstellung beschränkt sich — recht isoliert — auf die eigene Erhebung; eine vergleichende Aufarbeitung freizeitsoziologischer Literatur und damit eine Generalisierung der Ergebnisse findet leider nicht statt.

Im letzten Kapitel untersucht die Autorin die Rolle Potsdams im Städtetourismus vor und nach der Wende. Seit 1990 ist eine Zunahme der individuellen Reiseverkehrs zu beobachten, vor allem aus den alten Bundesländern, aus Westeuropa und den USA. Der organisierte Bustourismus weist hingegen einen erheblichen Rückgang auf. Zur aktuellen Gästestruktur wurden im Jahr 1991 zwei Befragungen durchgeführt (723 Tagesgäste, 140 Übernachtungsgäste). Das kunsthistorische Interesse sowie der Besuch der Innenstadt und der Umgebung waren danach wichtige Aufenthaltsmotive der Gäste. 90 Prozent der Besucher bewerteten den Gesamteindruck der Stadt positiv. Kritik wurde vor allem am Stadtbild geäußert, am Informationsangebot und an der Orientierung innerhalb Potsdams. Abschließend formuliert die Autorin einige generelle Empfehlungen zur touristischen Zukunft der Stadt (Besucherlenkung, Qualitätsverbesserungen, Ausbau von Übernachtungskapazitäten).

Der Wert der Arbeit liegt sicherlich nicht im theoretisch-konzeptionellen oder methodischen Bereich. Vielmehr bietet sie eine klar strukturierte und recht solide Bestandsaufnahme der Freizeitsituation in Potsdam in einer Phase radikaler politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen. Da dieser Wandel noch nicht abgeschlossen ist, können die Ergebnisse als „Null-Messung“ für künftige Studien zu diesem Thema von Nutzen sein.

Albrecht STEINECKE, Trier

SCHOTT, Herbert: Das Verhältnis der Stadt Würzburg zur Landesherrschaft im 18. Jahrhundert. — Würzburg: Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e. V., Würzburg, Würzburger Diözesangeschichtsverein 1995. — XI u. 707 S., Anhang. (= Mainfränkische Studien Bd. 58 zugleich: Bd. XLVIII der Reihe Quellen und Forschungen des Würzburger Diözesangeschichtsvereins).
DM 90,00.

In einer voluminösen Arbeit untersucht SCHOTT die Beziehungen der Residenzstadt Würzburg zu ihrer Landesherrschaft im 18. Jahrhundert, das heißt das vielschichtige und komplexe Beziehungsgeflecht zwischen Stadt und Obrigkeit. Nicht zuletzt geht es dem Verfasser um die Art und Weise, auf welche die Bischöfe und ihre Behörden versuchten, ihre Entscheidungen in der Stadt durchzusetzen. Umfassend werden hierzu die einschlägigen Akten und Protokolle, innerhalb der städtischen Überlieferung als zentrale Serien die Rats- und Oberratsprotokolle, auf fürstbischöflicher Seite die Gebrechen-, die Domkapitels- und Hofkammerprotokolle, überprüft. Das Ergebnis der Verwaltungsakte wird anhand zahlreicher Einzelfälle bewertet. Der zeitliche Rahmen der Untersuchung erstreckt sich vom Regierungsantritt des Fürstbischofs Johann Philipp Franz von Schönborn (1719) bis zum Tode des Adam Friedrich von Seinsheim (1779), also auf zirka zwei Drittel des Jahrhunderts. SCHOTT verzichtet auf eine Analyse der Zeit nach 1779, da die Regierung des aufklärerischen Franz Ludwig von Erthal hinlänglich aufgearbeitet sei.

Einigen allgemeinen Überlegungen zu Stadt- und Landesherrschaft, insbesondere dem Verhältnis geistlicher Fürsten zu ihren Residenzstädten, folgt ein kurzer Abriss zur Geschichte der Stadt Würzburg seit dem 8. Jahrhundert. Literatur und Quellen werden beschrieben, umfassende Fußnoten bringen häufig weitere, wertvolle Informationen. Knappe Biographien der Bischöfe des Untersuchungszeitraumes machen mit dem jeweiligen Fürsten bekannt. Offensichtlich wurde Adam Friedrich von Seinsheim von der Stadtverwaltung geschätzt, denn das Ratsprotokoll des Jahres 1779 enthält einen bislang ungewöhnlichen Nachruf auf den Fürstbischof, in dem dieser als „der beste, der theuerste Adam Friedrich“ bezeichnet wird. Er war es auch, der spätestens 1766 in der Residenz ein

kleines Theater einbauen ließ. Nach der Hochwasserkatastrophe von 1764 ließ er den geschädigten Haushalten Brot und Fleisch kostenlos zuteilen.

Funktion und Einflußbereich des Domkapitels werden präzisiert, in Würzburg wie auch in anderen Stiften wirkte das Domkapitel als wesentliches Korrektiv gegen die Politik der Fürstbischöfe. SCHOTT meint, daß das Domkapitel den Durchbruch zum vollendeten Absolutismus der Würzburger geistlichen Fürsten verhindert habe. Die Stadt Würzburg war allerdings an der Formulierung der Kapitulationen der Bischöfe nicht beteiligt. Im folgenden erläutert SCHOTT den Begriff der Landesherrschaft, findet aber für Würzburg keine durchgehend gültige Definition. Jedenfalls hatte der Bischof als Inhaber der Landesherrschaft auch die Stadtherrschaft inne. Auf diese Landesherrschaft führten die Fürstbischöfe ihre Regierungsgewalt zurück, die in Franken selbst im Absolutismus durchaus begrenzt blieb.

In mehreren Kapiteln werden die Behörden der Landesherrschaft, nämlich Regierung, Hofkammer, Hofkriegsrat und Geistlicher Rat, Kanzler, Kabinet, Referendar, Konferenz etc. abgehandelt. Insgesamt war die Behördenstruktur komplex, für einige Zeitgenossen so vielfältig, daß sie hiervon einen „verwirrenden Eindruck“ (S. 96) hatten. Folge der unklaren Kompetenzverteilung war ein außerordentlich kostspieliger Aufwand. In einem umfangreichen Kapitel (S. 96—128) werden die städtischen Verwaltungsorgane gewürdigt. Dieses beginnt allerdings mit einem kurzen Abriss über das Hochstift, bzw. seine innere Verwaltungsgliederung und die verschiedenen Personalunionsphasen der Hochstifte Würzburg und Bamberg. Wichtige neue Ergebnisse bringen die Kapitel über Ratsverfassung, Ratsämter und Oberrat. Erfreulicherweise wird nicht nur die Verwaltungsgeschichte der einzelnen Gremien und Ämter abgehandelt, sondern auch ihre Funktion und spezielle Probleme untersucht. Dank des konsequenten Rückgriffs auf die Quellen werden hier zum Teil völlig neue Ergebnisse vorgelegt.

Als Fazit des zweiten Teiles ergibt sich, daß die Kommunikationswege zwischen Stadt- und Landesbehörden oft schwerfällig und dadurch ineffektiv waren. Das Recht zu persönlichem Kontakt mit dem Bischof hatten insbesondere die beiden Bürgermeister und der Syndikus. Der Schriftverkehr zwischen Landesherrschaft und Oberrat lief in der Regel über den Oberratssekretär. Oft spielte der mündliche, also nicht schriftlich fixierte Befehl eine entscheidende

de Rolle. Záh verteidigte die Stadt die überlieferten Privilegien gegen absolutistische Tendenzen der Landesherrschaft.

Der dritte Absatz widmet sich den Funktionen der Stadt für die Landesherrschaft. Unter den zentralen Funktionen subsumiert SCHOTT ihre Eigenschaft als Haupt- und Residenzstadt, als Festungs- und Garnisonsstadt, schließlich als Subjekt und Objekt der Steuerverwaltung. Der Aspekt der Universitätsstadt innerhalb des Hochstifts wird nicht behandelt. Breiten Raum nimmt die Baupolitik der Landesherrschaft ein, zentrales Projekt war die Errichtung der Residenz im Zuge der formellen Verlegung des Wohnsitzes der Landesherren in die Stadt. Ansonsten sind im 18. Jahrhundert nur wenige Großprojekte verwirklicht worden, so der Marktbau und die Bebauung des historischen Stadtgrabens. Die Festungseigenschaft zählt gerade in der frühen Neuzeit zu den wesentlichsten Charakteristika einer Stadt. Die Folgen der Festungseigenschaft waren für die Stadt allerdings steuerlich fatal, bedingte sie doch den kontinuierlichen Ausbau der Festungsanlagen und Kasernen nicht zuletzt auf Kosten der Bürger sowie einen ständigen Aufenthalt vieler Soldaten in der Stadt, die keine Abgaben leisteten.

Detailliert handelt SCHOTT die Erhebung der Steuern, Schatzung, Stadtsteuer und Nachsteuer ab. Einen Sonderfall stellten die sogenannten Judenammern dar. Zwar war den Juden in der Stadt der Hausierhandel verboten, doch erlaubte ihnen die Regierung, für ihre Waren Kammern, Gewölbe oder Zimmer anzumieten. Die Judenschatzung war Aufgabe des Rates, da jedoch die Einnahmen kontinuierlich abnahmen, verlor dieser das Interesse.

Der vierte Teil des Bandes widmet sich der klassischen Zentralitätsforschung: Es werden die Beziehungen der Stadt zu ihrem Umland untersucht, wobei SCHOTT unterstreicht, daß es unmöglich sei, diese auch nur annähernd vollständig zu erfassen. Er beschränkt sich daher auf den Aktionsraum der städtischen Verwaltung in ihren Außenkontakten, behandelt den Bereich der Stadtmärkte als städtischen Versorgungs- und Wirtschaftsraum, wobei hier die Funktion des Rüg- und Feldgerichtes besonders herausgehoben wird; weitere Themen sind die Erhaltung von Straßen und Brücken sowie die Main-schiffahrt. Als Fazit konstatiert der Autor nicht nur erhebliche finanzielle, sondern auch politische Vorteile aus der zentralen Funktion der Stadt für das ihr verwaltungsmäßig zugeordnete Umland.

Im fünften, außerordentlich umfassenden

Kapitel, das den Einfluß der Landesherrschaft auf „Das Leben in Würzburg“ thematisiert, behandelt SCHOTT nach einer Einführung über Bürgerrecht und Bürgergeld und der obrigkeitlichen Kontrolle des Aufenthaltes Fremder in Würzburg weitere klassische zentralörtliche Funktionen, so die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Brot, Fleisch und anderen Lebensmitteln, den Import und Ausschank von Bier, die Versorgung mit Holz, das vorwiegend über den Main transportiert wurde. Innerhalb der Themen „Pflegen und milde Stiftungen“, die gerade in einer Stadt wie Würzburg eine bedeutende Rolle spielten, werden schließlich auch soziale Aspekte abgehandelt. Unterkapitel behandeln das Almosenwesen, die Versorgung der Kranken und die Funktion der Zucht- und Arbeitshäuser. Aspekte des Wirtschaftslebens, wie Aufsicht auf die Zünfte, Wirtschaftspolitik und Manufakturen, Seidenraupenzucht und Tabakanbau und Handel, dann auch das Würzburger Schulwesen schließen die Untersuchung ab.

Zusammenfassend bewertet SCHOTT Funktion und Einflußmöglichkeiten des Rates als nur begrenzt, ja gering. Einen schwerwiegenden Mangel sieht er in der Kooptation des Rates, einem internen Ergänzungsverfahren, das zu ändern auch die Bischöfe nicht in der Lage waren. In der Zusammensetzung des Rates war die soziale Schichtung der Stadt nicht angemessen repräsentiert, beispielsweise fehlten die Vertreter der Zünfte. Im Verhältnis zwischen Landesherrschaft und Residenzstadt gab es dennoch kaum ernste Konflikte, Motive für Unruhen oder Widerstand fehlten fast völlig. Der Stadtrat agierte weitgehend wie der Verwalter eines hochstiftlichen Amtes, wenn auch mit größerer Unabhängigkeit. Daß die Verwaltung funktionierte, schreibt SCHOTT nicht zuletzt der Tatsache zu, daß die bischöflichen Beamten und die Stadträte häufig in verwandtschaftlichen Beziehungen standen.

Thesenartig faßt SCHOTT am Ende entscheidende Ergebnisse zusammen. Demnach war die Finanzlage der Stadt insbesondere dadurch prekär, daß die städtischen Gremien die Steuerhöhe nicht von sich aus den Erfordernissen anpassen konnten. Hier waren sie komplett auf das Wohlwollen der Landesherrschaft angewiesen, welche häufig Kompromisse auf Kosten des Stadtsäckels schloß. Der Finanzbedarf der Landesherrschaft war infolge der Repräsentativbauten beträchtlich; außerordentlich hoch waren auch die Mittel, die für den Ausbau der Fortifikationsanlagen und den Unterhalt des Militärs, vor allem während des Siebenjährigen

Krieges, ausgegeben werden mußten. SCHOTT kommt zu dem Ergebnis, daß „für diese Politik (der Fürstbischöfe) die Stadt zahlen“ mußte. Die Festungseigenschaft der Stadt, diese war ja neben Königshofen im Grabfeld die Hauptfestung des Hochstifts, hatte für die Bürgerschaft auch den Nachteil, daß ungehindert wirkliche und vermeintliche Schänzer in die Stadt zogen. Diese und vor allem die Soldatenhandwerker arbeiteten an der Zunft vorbei und zahlten keine Schatzung. Logischerweise verminderte der geschrumpfte finanzielle Spielraum des Rates auch dessen Ansehen und dessen reale Eingriffsmöglichkeiten.

Diesen doch sehr reduzierten Aktionsradius sieht SCHOTT in dem Umstand begründet, daß die Landesherrschaft die Struktur der Ratsverfassung und insbesondere seine Zusammensetzung nicht antastete. Damit waren Reformen unmöglich. Andererseits unterstreicht SCHOTT auch das „konservative Element“ in der Stadtratspolitik, woraus das Bemühen resultierte, „alles beim Alten zu belassen“ (S. 657). Hieraus den Schluß zu ziehen, daß der Stadtrat sich nicht am Wohl der Stadt orientiert habe (S. 657), scheint insofern überzogen, als durch die parallele Existenz eines Oberrates, dessen Zuständigkeiten teilweise mit denen des Stadtrates konkurrierten, die tatsächlichen Möglichkeiten des Stadtrates von vorneherein eingeschränkt waren.

Ein umfangreiches Literaturverzeichnis, verschiedene Listen, unter anderem mit den Mitgliedern des Stadtrates im Untersuchungszeitraum, schließen den außerordentlich informativen Band ab. Ein Personen- und Sachregister fehlt. Auch wenn vereinzelt eine Straffung und stärkere Konzentration auf die Einzelthemen die Lesbarkeit erleichtert hätten, hat SCHOTT mit dieser fundierten, auf einer immensen Quellenbasis begründeten Untersuchung neue, wesentliche und sehr detaillierte Erkenntnisse zur Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Stadt vorgelegt. Für eine Geschichtsschreibung Würzburgs im 18. Jahrhundert ist der Band unentbehrlich. Erfreulich auch, daß im methodischen Ansatz der Arbeit zentralörtliche Aspekte der Stadt berücksichtigt wurden. SCHOTT ist es gelungen, eine Lücke in der stadtgeschichtlichen Forschung Würzburgs zu schließen.

Ulrich WAGNER, Würzburg

SPANG, Werner D.: Die Eignung von Regenwürmern (Lumbricidae), Schnecken (Gastropoda und Laufkäfern (Carabidae) als Indikatoren für autotypische Standortbedingungen. Eine Untersuchung im Oberrheintal. — Heidelberg: Selbstverl. d. Geogr. Inst. d. Univ. 1996. 236 S., 55 Abb., 132 Tab., 16 Kt. u. Summary. = Heidelberger Geographische Arbeiten H. 102. ISBN 3-88570-102-2. DM 38,00.

Die als Dissertation erstellte Arbeit führt nach einer einleitenden Darstellung der Folgen des Oberrhein-Ausbaus in die Problematik der faunistischen Bioindikation ein. Es folgt die Vorstellung der Untersuchungsmethodik und die Charakterisierung der insgesamt 30 Untersuchungsstandorte, die in fünf verschiedene Habitattypen gruppiert werden. Zur Standortkennzeichnung werden überwiegend abiotische Parameter wie Bodenart, pH-Wert, Relief oder Gründigkeit untersucht. Die Arbeitsergebnisse werden nach Tiergruppen geordnet ausführlich mit zahlreichen Tabellen vorgestellt. Mittels Hauptkomponenten- und Clusteranalysen werden charakteristische Standorttypen der Tiergruppen und darauf aufbauend ihre Habitatpräferenzen herausgearbeitet. Abschließend wird die Eignung der untersuchten Tiergruppen für die Indikation autotypischer oder auch -untypischer Standortbedingungen abgeleitet und die Relevanz der Ergebnisse für den Natur- und Hochwasserschutz besprochen.

Titel und oben knapp wiedergegebener Inhalt des Buches lassen die potentielle Leserschaft vorwiegend außerhalb der Geographie vermuten. Neben wenigen faunistisch spezialisierten Biogeographen ist der Inhalt wohl hauptsächlich auch für Biologen, hier Ökophysiologen und Ethologen, aber auch für Naturschützer und Vertreter lokaler und regionaler Fachplanungen interessant. Die erzielten Arbeitsergebnisse sind jedoch geeignet, die Methodik der faunistischen Bioindikation der Aufmerksamkeit eines breiteren Interessentenkreises innerhalb der Geographie zu empfehlen. Insbesondere den landschaftsökologisch orientierten Geographen erschließt sich hier ein attraktives, bislang vernachlässigtes Aufgabenfeld. Zwar sind Tiere im Gegensatz zu Pflanzen ein unbequemes, weil mobiles, teilweise nur von Spezialisten zu bestimmendes und, wie gezeigt wurde, aktiv auf Umweltveränderungen reagierendes Arbeitsfeld. Sie besitzen aber den Vorzug der schnelleren

und empfindlicheren Reaktion auf Eingriffe von außen. Damit weist das faunistische Monitoring im Vergleich zu Pflanzenuntersuchungen den Vorteil der Frühwarnfunktion durch geeignete, störungsanzeigende Tiergruppen auf.

Während von den durch SPANG untersuchten Tiergruppen die Familie der Lumbricidae indifferent reagiert, können die untersuchten Arten aus dem Stamm der Molluska und der Familie der Carabidae zur Bioindikation der Lebensbedingungen in Auenhabitaten herangezogen werden. Fehlende und unregelmäßige Überflutungen bewirken bei diesen Gruppen charakteristische Verschiebungen der Artenspektren, die sich ferner in typischen faunistischen Sukzessionen niederschlagen. Die systematische Ungleichwertigkeit der untersuchten Tiergruppen ist ein kleiner Nachteil der ansonsten gelungenen Arbeit, da die untersuchten Gruppen in ihrer systematischen Stellung und damit ihrer Vergleichbarkeit doch sehr weit auseinanderliegen.

Die mit dieser Arbeit für den Standorttyp der Flußauen, deren flächenhafte Verbreitung keinesfalls ihrer besonderen Rolle im Naturschutz entspricht, wird die Indikatorbedeutung bodenlebender Tiergruppen für die Naturnähe von Auenstandorten gut herausgearbeitet. Wird der vorgestellte Arbeitszweig konsequent vorangetrieben, so besitzt die faunistische Bioindikation das Potential sich zu einer idealen Ergänzung der von ELLENBERG begründeten ökologischen Zeigerwerte zu entwickeln. Neben den unmittelbaren, regional bedeutsamen Arbeitsergebnissen besteht in diesem Denkanstoß der große Wert der vorliegenden Arbeit. Ferner gibt sie Anstöße zur engen Zusammenarbeit zwischen Geographen und Biologen, die für viele Tiergruppen gute Kenntnisse über die Standortansprüche und Verhaltensmuster beitragen können, auf dem Arbeitsfeld der faunistischen Bioindikation.

Thomas HELD, Bochum

STIENS, Gerhard: Städtevernetzung. Anknüpfungspunkte — Konzepte — Erfordernisse. Hrsg. v. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. — Bonn: Bundesforschungsanstalt für Lan-

deskunde und Raumordnung 1995. 90 S., 25 Abb. = Materialien zur Raumentwicklung H. 72.

ISBN 3-87994-875-5. DM 18.00.

„Netz“, „Netzwerk“, „Vernetzung“ gehören zweifellos zu den Begriffen, die derzeit nicht nur in der wissenschaftlichen Diskussion häufig Verwendung finden. Solche populär gewordenen Termini werden häufig in unterschiedlicher Weise verwandt, was bekanntermaßen das Verständnis für das ursprünglich damit Bezeichnete eher erschwert als erleichtert. Hier hätte ein einführendes Kapitel in dem zu besprechenden Band einen Beitrag zur Klärung der Terminologie leisten können, leider finden sich die Begriffsbestimmungen jedoch verstreut an verschiedenen Stellen der Arbeit (z. B. S. 9, S. 12 f., S. 47, S. 51).

Die vorgestellten Definitionen überzeugen auch nur teilweise. So zeichnen sich nach STIENS Städtenetze „dadurch aus, daß ihre Elemente (also die Städte oder Gemeinden) in intensiveren Austauschbeziehungen zueinander stehen als zu Elementen außerhalb dieses Netzes“ (S. 9). Dies erinnert stark an gängige Definitionen von Städtesystemen. Auch die Unterscheidung von Netztypen unter Bezug auf KUNZMANN (funktionale Städtenetze, Netze der physikalischen Verbindungen zwischen Städten und kooperative Netzwerke von Städten, S. 12) und ARRAS (räumlich-planerische, technisch-infrastrukturelle und handlungsorientierte Städtenetze, ebenda) hat eine Entsprechung in der von BARTELS (1979) getroffenen Unterscheidung von Systembeziehungen. Da aber im Text mehrfach von der „Vernetzung in Städte- bzw. Siedlungssystemen“ die Rede ist, liegt der Schluß nahe, daß

- die beiden Begriffe „Netz“ und „System“ trotz der definitorischen Ähnlichkeiten nicht synonym zu verwenden sind und
- der Begriff „Vernetzung“ eine aktive, handlungsorientierte Komponente im Sinn von „Herstellung von Interaktionen bzw. Interaktionsmöglichkeiten“ impliziert.

Dieses Verständnis des Begriffs Städtevernetzung liegt seiner Verwendung als neue zentrale Leitvorstellung der deutschen Raumordnung zugrunde, formuliert 1993 im „Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen“ (ORA): „Durch eine gezielte räumlich-funktionale Vernetzung von Städten soll eine gegenseitige Verstärkung von ökonomischen und infrastrukturellen Effekten, sollen mithin Synergieeffekte erreicht werden“ (S. 9).

Der Autor unternimmt nun den spannenden

Versuch, die zentralen Aussagen und Konzepte des ORA in ihrem Verhältnis zu

- theoretischen Ansätzen zur Deutung räumlicher Entwicklungsprozessen einerseits und
- früheren und anderen aktuellen Konzeptionen der Raumordnungspolitik andererseits zu untersuchen.

Dies erfolgt in mehreren Schritten: Die Entstehung des hierarchisch geordneten Siedlungssystems der alten Bundesländer wird durch eine Kombination des zeitgeographischen Ansatzes mit der Argumentation der Regulations- theorie erklärt. Aufgrund veränderter Rahmen- bedingungen (wesentliche Stichworte sind hier „Krise des Fordismus“ und „Globalisierung“, S. 16 f.) gerät das System in die Krise. Eine der Folgen dieser Krise ist eine „siedlungsstrukturelle Differenzierung nach oben“ (S. 19), das heißt die Entstehung eines übernationalen „Netzes“ hochrangiger Zentren. Hierdurch stehen die Großagglomerationen auf nationaler Ebene vor neuen Herausforderungen, sprich Wachstums- anforderungen. (Kapitel II).

Daher werden diese Großagglomerationen im ORA als „Städtenetze mit besonderem Entlastungsbedarf“ eingestuft. Entlastungsbedarf bedeutet, daß „Belastendes“ aus den Kernstädten in das Umland dezentriert werden soll. STIENS merkt hier kritisch an, daß der im ORA verwandte Terminus „dezentrale Konzentration“ mit der gleichnamigen früheren raumordnerischen Konzeption verwechselt werden kann. Im Gegensatz zu diesem Konzept geht es jedoch in den „Städtenetzen mit besonderem Entlastungs- bedarf“ nicht darum, Funktionen in dezentrale Raumlagen zu verlagern, vielmehr wird eine „konzentrierte Dekonzentration“ in den Rand- lagen der Agglomerationen angestrebt. In dieser Gebietskategorie gewinnen daher neue Ansätze zur interkommunalen Zusammenarbeit besondere Bedeutung. (Kapitel III). Außerhalb der großen Agglomerationen unterscheidet der ORA „Städtenetze mit besonderem Entwicklungsbe- darf“ und „Städtenetze mit besonderem Ausbaubedarf“. Dabei wird in den neuen Bundesländern „besonderer Entwicklungsbedarf“ gesehen, im Westen dagegen „besonderer Ausbaubedarf“. Auch hier stellt STIENS wieder ausführlich traditionelle Konzepte für nicht-zentrale Raumlagen (Entwicklungachsen, Korridor-Konzepte) vor und weist auf deren Verwandtschaft mit der neuen Städteneztkategorie hin. (Kapitel IV).

Allerdings bedeutet das Konzept der Städ- tevernetzung den Abschied vom Raumord- nungsparadigma der „Ausgeglichenen Funk-

tionsräume“. „Implizit wird (durch die Förde- rung von Städtenetzen in den nicht-höchstzen- tralen Teilen des Bundesgebiets) die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß die regionalen Potentiale großer Regionen in vielen Fällen eine relativ eigenständige Entwicklung nicht mehr er- lauben, sondern Entwicklung in nicht-zentralen Raumlagen nur noch via interregionaler Poten- tialverknüpfungen möglich sei“ (S. 45 f.). (Ka- pitel V). Die Rolle der Telematik für die Städ- tevernetzung wird in einem eigenen Kapitel aus- führlich diskutiert, da eine technische Vernet- zung auch unter ökologischen Gesichtspunkten (Dezentralisierung, Verkehrsvermeidung) viel- fach als sinnvolle Problemlösung angesehen wird. (Kapitel VI).

Den letzten Teil der Arbeit bildet die Aus- einandersetzung mit dem Thema „ökologisch nachhaltige Raumentwicklung“. Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß bei einer Fokussierung auf Städtenetze unterschiedlicher Größenord- nung die „Netzmaschen“, das heißt die dezentra- len Räume zwischen den Netzkomponenten, aus dem Blick geraten. STIENS entwickelt daher ein Modell eines „Netz-Maschen-Systems als Raum- raster“, das sowohl als Raumb Beobachtungsraster als auch als räumliches Organisationsmuster verstanden wird. Für die ökologisch nachhaltige Entwicklung dieses Netz-Maschen-Verbundes werden abschließend drei alternative Entwick- lungsszenarien vorgestellt. (Kapitel VII und VIII).

Die Zusammenfassung der einzelnen Ab- schnitte hat folgendes gezeigt: Der Band enthält eine dichte Zusammenfassung aktueller raum- ordnungspolitischer Konzepte. Den Reiz der Arbeit macht die intensive, mit Graphiken er- gänzte Darstellung von theoretischen Ableitun- gen und Entstehungszusammenhang der ver- schiedenen Konzeptionen aus. Genau das hat aber auch zur Folge, daß aufgrund der Fülle der Argumentationsstränge manchmal der „rote Faden“ verloren geht. Als Einführung in das Thema Vernetzung kann der Band daher nur be- dingt empfohlen werden. Angenehm ist, daß der Autor „Vernetzung“ nicht als „raumordnerische Wundermedizin“ propagiert, sondern mehrfach auf „das weniger Neue“ oder Widersprüche zwi- schen den neuen raumordnungspolitischen Teil- ziele hinweist. Daß man sich trotzdem manch- mal des Eindrucks nicht erwehren kann, neuem Wein in alten Schläuchen zu begegnen, ist ihm damit nicht anzulasten.

Ruth BÖRDLEIN, Frankfurt am Main

STUTT GART. VON DER RESIDENZ ZUR MODERNEN GROSSSTADT. Architektur und Städtebau im Wandel der Zeiten. Hrsg. v. Andreas Brunold u. Bernhard Sterra. — Tübingen, Stuttgart: Silberberg 1994. 182 S., 212 Abb.

ISBN 3-87407-185-5. DM 29,80.

Die Ausstellung „Stuttgart — von der Residenz zur modernen Großstadt“ wird hier in einzelnen Kapiteln wiedergegeben. Kernstücke bilden die Ergebnisse der Dissertationen der Herausgeber über Stuttgart — Die architektur-politwissenschaftliche von Andreas BRUNOLD: „Stadtgestalt und Verkehr“ und die kunstgeschichtlich-politologische von Bernhard STERRA: „Das Stadtzentrum im Aufbau - Architektur und Stadtplanung 1945—1960“. Letzterer schrieb sowohl über „Theodor Fischer und die Stuttgarter Architektentradition“, wobei auch Paul Bonatz, der Erbauer des Hauptbahnhofes, gewürdigt wird, wie den Abschnitt „Bauen in Nationalsozialismus“ und „Die Stadt der Nachkriegszeit zwischen Rekonstruktion und Neudefinition“. Die aus den Dissertationen erwachsenen Kapitel sind von genereller Bedeutung für die Erklärung der Nachkriegsgestaltung westdeutscher Großstädte auf Grund der Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs und einer radikalen modernistischen Architekturgesinnung. Dies wird anhand der politischen Entscheidungen dargelegt. Christine BREIG stellt „Die Entwicklung Stuttgarts, von der Stadtgründung bis zum Ende des 19. Jhs.“ knapp dar. Dort werden wichtige lokale Besonderheiten der Siedlungsentwicklung, wie der soziale Wohnungsbau seit 1860 und die frühe Altstadt-sanierung bis 1909 dokumentiert. Dies wird von Susanne HEIST in ihrem Beitrag: „Weißenhofsiedlung und Kochenhofsiedlung — Kräfte-messen zwischen internationaler Avantgarde und Stuttgarter Traditionalisten“ detailliert fortgeführt. Alle Aufsätze sind reich mit historischen Abbildungen und Plänen ausgestattet, wozu das Stadtarchiv beigetragen hat. Leider sind die Karten schlecht lesbar, da die großen, farbigen historischen Planungskarten auf Din A 6 verkleinert wurden. Auch hätte eine stärkere Beachtung sozial- und wirtschaftsgeographischer Fakten zur Bereicherung der kunstgeschichtlichen und politisch interessanten Aufarbeitung beitragen können. Landeskundlich und stadtgeographisch interessierte Besucher Stuttgarts können diesem Buch anregende Hinweise entnehmen.

Werner FRICKE, Heidelberg

SÜSS, Werner (Hrsg.): Hauptstadt Berlin. — Berlin: Berlin Verl. A. Spitz 3. Aufl. 1995. Bd. 1: Nationale Hauptstadt, europäische Metropole. 490 S., Abb., Tab.

ISBN 3-87061-483-8. DM 35,00.

SÜSS, Werner (Hrsg.): Hauptstadt Berlin. — Berlin: Berlin Verl. A. Spitz 3. Aufl. 1995. Bd. 2: Berlin im vereinten Deutschland. 623 S., Abb., Tab.

ISBN 3-87061-464-1. DM 48,00.

SÜSS, Werner (Hrsg.): Hauptstadt Berlin. Bd. 3: Metropole im Umbruch. Mit einem Geleitwort von Bundeskanzler Helmut Kohl. — Berlin: Berlin Verl. A. Spitz 1996. 568 S., 33 Farbb.

ISBN 3-87061-481-1. DM 58,00.

Das voluminöse Werk enthält insgesamt 109 Einzelbeiträge zu Entwicklungsperspektiven der Hauptstadt Berlin, die aus unterschiedlichster Sicht verfaßt wurden: von Vertretern aus Politik, Publizistik und Wirtschaft sowie aus einer Reihe von Wissenschaften (u. a. Politikwissenschaft und Geschichte, einige auch aus Soziologie und Wirtschaftswissenschaften). Der Gliederung und Orientierung dienen neben den gewissen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der drei Bände auch deren thematische Grobeinteilung. Ein Sachregister zur detaillierteren Erschließung des Gesamtwerkes fehlt leider.

Die neue Rolle als „nationale Hauptstadt“ stellt Berlin vor eine Reihe großer Probleme — wie Überwindung seiner peripheren Lage oder seiner infrastrukturellen, institutionellen, kulturellen und politischen Zweiteilung oder Entwicklung zu einer europäischen bzw. internationalen Metropole —, zu deren Bewältigung es „einer verstärkten Information der Öffentlichkeit und einer besseren Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren“ bzw. eines vertieften „Konsens in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland den Belangen Berlins gegenüber“ bedarf (d. Hrsg., Bd. 1, S. 5). Dabei geht es um „weit mehr als um die reine Standortfrage der räumlichen Unterbringung der Verfassungsorgane und ihrer Beamten. Es geht um die Vollendung der Einheit Deutschlands und Mitteleuropas sowie um das Ansehen des Verfassungsstaates der Bundesrepublik Deutschland im ganzen“ (ebd.). Unter derartigen Zielen erfüllt das Werk — trotz zum Teil durchaus widersprüchlicher Einschätzungen in einzelnen

Beiträgen und der inhaltlichen Heterogenität — wichtige Vermittlungsfunktionen.

In dem Titel des ersten Bandes „Nationale Hauptstadt, europäische Metropole“ kommt die „doppelte Zielperspektive der Hauptstadt- und Metropolenwerdung“ (d. Hrg., S. 17) zum Ausdruck. Inhaltliche Schwerpunkte sind 1. der Prozeß der „Hauptstadtfindung“ mit Beiträgen zum Beispiel von Wolfgang SCHÄUBLE über „Berlin als Symbol deutschen Miteinanders“ und Eberhard DIEPGEN über den Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin, 2. „Berlin in der europäischen Dimension“, das heißt unter anderem im Vergleich mit anderen europäischen Hauptstädten (Gerhard BRUNN) oder „Berlin im Zentrum europäischer Städtenetze“ (Klaus R. KUNZMANN) und 3. „Entwicklungsdynamik und Profil Berlins“, zum Beispiel mit Aufsätzen über die Berliner Wirtschaft nach der Vereinigung (Hubertus MOSER) oder Berlin als Dienstleistungszentrum (Hans HEUER), als Finanzplatz (Wolfgang QUEST/Ute KATHMEYER) sowie als multikulturelle Stadt (Jürgen FJALKOWSKI).

Der zweite Band über „Berlin im vereinten Deutschland“ ist den folgenden Hauptthemen gewidmet: „Perspektiven, Entwicklungschancen und Hemmnisse“ (z. B. „Berlin — Hauptstadt im Aufbruch“ von Klaus TÖPFER) oder „Die Arbeitsteilung Berlin — Bonn: Geeinte Republik zwei politische Zentren?“ von Gerhard SCHRÖDER), 2. „Bundeshauptstadt. Politik zwischen Berlin und Bonn“ (u. a. Hans-Ulrich DERLIN: „Regierung und Verwaltung in der räumlichen Zweiteilung“), 3. „Wirtschaftsstandort. Auf dem Weg zur Hauptstadtregion“ (z. B. „Berlin im deutschen Städtesystem“ von Dietrich HENCKEL/Heinrich MÄDING) oder „Berlin im Prozeß der ökonomischen Integration Deutschlands“ von Hubertus MOSER) und 4. „Metropole. Zwischen Vergangenheit und Neubeginn“ (u. a. „Städtebau und Architektur für die Hauptstadt“ von Hans STIMMANN) oder mit Beiträgen zur Entwicklung der Berliner Hauptstadtplanung von Engelbert Lütke DALDRUP, über Berlin als Wissenschaftsstandort von Manfred ERHARDT oder über die Kulturmetropole Berlin von Hans-Jörg von JENA).

Der dritte Band mit dem Schwerpunkt „Metropole im Umbruch“ gliedert sich in die Teile 1. „Innovation und Tradition. Auf dem Weg einer internationalen Wirtschaftsregion“ (z. B. „Die Ansiedlung internationaler Unternehmen und die Metropolenperspektive Berlins“ von Jacob SCHMUCKLI). 2. „Hauptstadtregion. Berlin im deutschen Föderalismus“ (u. a. „Die

Rolle Berlins für die neuen Bundesländer“ von Reiner EPPELMANN) oder „Berlin — Brandenburg im System des deutschen Föderalismus“ von Johannes RAU), 3. „Von der Halbstadt zur Hauptstadt! Leitlinien der Berliner Stadtentwicklung“ (z. B. „Berlin im Wettstreit der europäischen Zentren“ von Franz SCHOSER) oder „Leitlinien Stadtentwicklung“ von Volker HASSEMER). 4. „Hauptstadt und Metropole. Die Rekonstruktion der Mitte Berlins“ (u. a. mit Beiträgen über die Neugestaltung der Friedrichstraße, des Potsdamer Platzes oder des Checkpoint CHARLIE). 5. „Symbolische Hauptstadt, über den Umgang mit Geschichte“ (z. B. über „Die jüdische Gemeinde in Berlin“ von Jerzy KUNAL) und 5. „Stadt im Widerspruch. Chancen und Risiken des Umbruchs“ (z. B. „Die Mitte als Bindeglied zwischen dem Ost- und dem Westteil der Stadt“ von Hartmut HÄUSERMANN) oder „Wohnen in Berlin“ von Wolfgang NAGEL).

Die aufgezeigten Untergliederungen und Zuordnungen der Einzelaufsätze verdeutlichen, daß sich die Themen in vielfältiger Weise überschneiden. Mit nur wenigen Diagrammen und Tabellen sowie einigen Bildtafeln (nur im dritten Band) ist das Werk leider dürftig mit Medienausgestattet. Inhaltlich macht sich die Nichteinbeziehung der Wissenschaftsdisziplin Geographie (u. a. mit möglichen empirischen Beiträgen aus den Bereichen Stadtgeographie, Wirtschafts- und Verkehrsgeographie) nachteilig bemerkbar. Insgesamt bietet das dreibändige Werk jedoch vielseitige Themen und Inhalte und gibt zugleich zahlreiche Anregungen für die weitere interdisziplinäre Beschäftigung mit dem inneren Umbau Berlins, dem Prozeß der Hauptstadtwerdung und der Entwicklung der Metropole im Rahmen des europäischen Städtesystems.

Heinz HEINEBERG, Münster

VENERIUS, Wilfried: Regionale und kommunale Wirtschaftsförderung durch Technologiezentren. Theoretische, instrumentelle und empirische Aspekte am Beispiel des Technologie- und Gründerparks Nordhorn. — Osnabrück: Fachgeb. Geogr., Fachber. Kultur- u. Geowis. d. Univ. 1995. VII u. 105 S.,

Tab. Abb., Anhang = Osnabrücker Studien zur Geographie OSG Nr. 28, DM 22,00.

Die Zielsetzung der Arbeit verfolgt Ansätze einer Erfolgskontrolle von Technologiezentren aus den achtziger Jahren. Empirisch überprüft werden eine Reihe von Wirkungsthesen am Beispiel des Technologie- und Gründerparks Nordhorn. Auf der Ergebnisbasis einer Diplomarbeit wurde nach drei Jahren eine zweite Befragung abgeschlossen, deren gemeinsame Analyse in der Arbeit dargelegt ist. Der Autor gibt zu Beginn einen Überblick der Genese verwandter technologiebezogener Einrichtungen, deren Ziele unternehmerische Starthilfe, spin-off-Brücken aus Hochschulforschung und regionale Wirtschaftsförderung verbinden.

Der theoretische Rahmen befaßt sich mit der wissenschaftlichen Interpretation von „technischem Fortschritt“, Innovationsansätzen und FuE-Strategien. Dem schließt sich eine ausführliche Erörterung der Entwicklung und Standortfaktoren von Technologiezentren in den alten Bundesländern an. Der empirische Teil erläutert zunächst die Wirtschaftsstruktur des Raumes Nordhorn, der Teil der deutsch-niederländischen EUREGIO ist. Dabei wird auch die zumindest in den achtziger Jahren noch deutliche Trennwirkung der Grenze sichtbar, wo auf niederländischer Seite (Provinz Twente) bereits eine ausgeprägtere Dynamik technologiebezogener Entwicklungseinrichtungen zu verzeichnen war.

Die empirischen Untersuchungsergebnisse sind deshalb so lesenswert, weil sie die „Gründertypen“ im Sinne der Motivation der Unternehmen für die Nutzung eines Technologieparks herausarbeiten. Gleichzeitig werden durch die Wiederholungsbefragung die teilweise überschätzten Chancen und Folgen und somit die Grenzen des instrumentellen Charakters von Technologiezentren belegt. Selbst nach einem Jahrzehnt der Erhebungen und vor dem Hintergrund einer euphorischen Unterstützung der Errichtung technologiebezogener Starthilfeeinrichtungen in den neuen Bundesländern empfiehlt sich die Lektüre dieser Arbeiten wegen ihrer unverminderten Aktualität in den Kernproblemen.

Peter GRÄF, Aachen

WEICK, Clemens: Räumliche Mobilität und Karriere. Eine individualstatistische Analyse der baden-württembergischen Universitätsprofessoren unter besonderer Berücksichtigung demographischer Strukturen. — Heidelberg: Selbstverl. d. Geogr. Inst. d. Univ. 1995. 284 S., 23 Tab., 47 Abb. u. 28 Kt. = Heidelberger Geographische Arbeiten H. 101.

ISBN 3-88570-101-4. DM 34,00.

Auf der Basis anonymisiert zur Verfügung gestellter Personaldaten der baden-württembergischen Hochschullehrer des Jahres 1992 werden in der vorliegenden Dissertation die regionale und soziale Herkunft der Universitätsprofessoren sowie deren räumliche Mobilität, Karrieremuster und Alterstruktur exemplarisch untersucht. Den diesen Prozessen und Strukturen zugrundeliegenden intra- und extraniversitären Einflußfaktoren gilt das Hauptaugenmerk der Studie.

Der empirische Teil der Arbeit legt zunächst die wichtigsten demographischen Strukturdaten Geschlechterverhältnis, Familienstand, Staatsangehörigkeit und Konfession sowie die Bildungswege der Professoren von der Grund bis zur Hochschule zusammenfassend dar. In den weiteren Kapiteln werden sowohl allgemein als auch nach Hochschulen und Fachbereichen differenziert räumliche Mobilitätsmuster im Zusammenhang mit Lebensverlaufsstationen herausgearbeitet und auf dieser Ebene auch soziale Herkunft und soziale Mobilität der Hochschullehrer untersucht. In diesem Zusammenhang lassen sich besoldungsgruppen-, geburtskohorten- und fachspezifische Unterschiede herausstellen. Die abschließenden Kapitel thematisieren die Alterstruktur der Hochschullehrer differenziert nach Hochschulen, Fachbereichen, Besoldungsgruppen und Geschlecht und münden in einer Prognose der Personalentwicklung. In diesem Zusammenhang werden allgemeine hochschulpolitische Fragen nur sehr formal aufgegriffen. Strukturelle Veränderungen innerhalb von Hochschulen bzw. Fachbereichen, Verlagerungen von Forschungsschwerpunkten und wissenschaftssoziologische Argumentationen bleiben bei diesen prognostischen Überlegungen weitgehend unberücksichtigt.

Die empirische Analyse präsentiert eine Fülle interessanter und wichtiger Details, die in Karten, Tabellen und Diagrammen dokumentiert werden. Zum Verständnis des Gesamtzusam-

menhanges und der interpretierenden Argumentation sind jedoch die verbalen Wiederholungen von Tabelleninhalten eher hinderlich. Hier wäre eine Straffung des Textes nützlich gewesen und hätte Raum gegeben für einen eingehenderen Rückbezug auf die einleitend zusammengefaßten Ansätze der jüngeren Mobilitätsforschung. Der Vergleich mit den Ergebnissen einer 1908 von EULENBURG publizierten Studie weist auf eine erstaunliche Persistenz einzelner Strukturen hin. Unerwähnt bleibt hier leider, daß Berufungen im Kaiserreich anderen Mechanismen folgten als in der Zeit nach 1951. Somit bleiben auch die in der Zusammenfassung genannten Ordnungskriterien „Offenheit“ bzw. „geistiger Provinzialismus“ eher Programm als Resultat. Hier stößt eine überwiegend quantitativ-statistisch argumentierende Interpretation doch an ihre Grenzen.

Hans BÖHM, Bonn

PHILIPPSEN, Mariel: Hanerau-Hademarschen. Wirtschaftsstrukturen und Entwicklungsmöglichkeiten einer peripheren Geestgemeinde. — Kiel: Geogr. Inst. d. Univ. 1996. VI u. 101 S., 14 Tab., 7 Abb., 5 Kt. im Text, Anhang. = Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung 34. DM 12,00.

Die Ortsmonographie ist gewissermaßen das Rückgrat einer jeden Landeskunde, denn die Vielfalt und Mannigfaltigkeit aller landeskundlich relevanten Fakten, Erscheinungen und Prozesse fokussiert am konkreten Ort. Anlässe, eine Ortsmonographie in Auftrag zu geben, bieten sich viele, in diesem Fall war es der 400. Vortrag in der örtlichen Sektion der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft, dessen Inhalt sich zu einer Staalexamensarbeit auswuchs, die den Ansprüchen einer gegenwartsbezogenen und praxisorientierten Ortsmonographie vollauf entspricht und die mehr die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen in den Mittelpunkt stellt. Etwas mehr Anschauungsmaterial, beispielsweise ein Ausschnitt aus der topographischen Karte oder ein Luftbild, hätte das lobenswerte Anliegen noch weiter unterstützt.

W. S.